



## Mit der Politik auf Du und Du?

Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund  
ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen



Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2019-1

Der Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs und des DeZIM-Instituts wurde  
gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Sachverständigenrat ist eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband  
und Vodafone Stiftung Deutschland

**Zitiervorschlag:**

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) 2019: Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs und des DeZIM-Instituts, Berlin.



## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung .....	4
1 Politische Selbstwirksamkeit und Demokratie .....	6
2 Was ist politische Selbstwirksamkeit? .....	8
2.1 Verstehe ich Politik und traue ich mir zu, darüber zu reden? .....	12
2.2 Kümmern sich die Politikerinnen und Politiker um mich? .....	17
3 Je länger, desto besser? Aufenthaltsdauer und politische Selbstwirksamkeit .....	20
4 Wie verhält sich die Neigung zu populistischen Parteien zur politischen Selbstwirksamkeit? .....	23
5 Handlungsempfehlungen .....	24
6 Ausblick .....	26
Literatur .....	27
Anhang .....	30
Abbildungsverzeichnis .....	30

## Das Wichtigste in Kürze

- Die meisten Menschen in Deutschland meinen, die Politik reagiere nicht auf die Interessen der gesamten Bevölkerung. Menschen ohne Migrationshintergrund haben dieses Gefühl häufiger als Menschen mit Migrationshintergrund.
- Menschen aus Einwandererfamilien glauben etwas seltener, dass sie politische Inhalte verstehen. Sie trauen sich auch weniger zu, darüber zu diskutieren. Menschen verschiedener Herkunftsgruppen bewerten diese Fähigkeiten jedoch zum Teil unterschiedlich.
- Die Einschätzung der eigenen politischen Handlungsfähigkeiten hängt in erster Linie mit der Bildung zusammen. Das gilt für Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund. Hochgebildete aus Einwandererfamilien meinen jedoch etwas seltener als solche ohne Migrationshintergrund, dass sie politische Inhalte verstehen, und trauen sich seltener zu, an politischen Gesprächen teilzunehmen.
- Frauen bewerten ihre politischen Handlungsfähigkeiten insgesamt verhaltener als Männer. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern noch etwas größer.
- Die Einschätzungen zur politischen Selbstwirksamkeit gleichen sich im Laufe der Zeit an: Wenn Zugewanderte länger in Deutschland leben, bewerten sie sie ähnlich wie Menschen ohne Migrationshintergrund.

## Zusammenfassung

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird in Deutschland voraussichtlich weiter steigen. Um sicherzustellen, dass demokratische Entscheidungen breit getragen werden, ist es daher wichtig, dass Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund bereit sind, sich politisch zu beteiligen. Das gilt für Deutschland ebenso wie für andere Einwanderungsländer. Idealerweise sollten alle Menschen – gleich welcher Herkunft – das Gefühl haben, dass die Politik sich für ihre Interessen einsetzt. Wenn das politische Entscheidungssystem dagegen aus ihrer Sicht nicht das Gemeinwesen vertritt, sondern in erster Linie die Interessen von Einzelnen oder von politischen Parteien, schadet das dem Verhältnis zwischen der Bevölkerung und denen, die sie vertreten sollen. Das wiederum kann die Bereitschaft mindern, sich politisch zu beteiligen.

Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Bereitschaft zu politischer Beteiligung ist, wie Menschen ihre politi-

sche Selbstwirksamkeit (*political efficacy*) einschätzen. Darunter versteht man, vereinfacht ausgedrückt, inwieweit sie einerseits denken, dass sie selbst Politik verstehen, und andererseits meinen, dass die Politik auf die Interessen der Bevölkerung eingeht. Wenn Menschen der Meinung sind, dass sie politische Inhalte nicht nachvollziehen können oder dass den politischen Vertreterinnen und Vertretern die Belange der Bevölkerung gleichgültig sind, werden sie demokratische Prozesse und auch die entsprechenden Institutionen – z. B. Wahlen oder Parteien – mit höherer Wahrscheinlichkeit kritisch sehen.

Um diese Fragen zu untersuchen, wurde in das SVR-Integrationsbarometer 2018 erstmals die *Political Efficacy* Kurzsкала (PEKS) aufgenommen, die vom GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften entwickelt wurde. Sie misst die politische Selbstwirksamkeit der befragten Personen. Für das Barometer wurden zwischen Juli 2017 und Januar 2018



bundesweit mehr als 9.000 Personen mit und ohne Migrationshintergrund befragt. Damit lässt sich die politische Selbstwirksamkeit der Bevölkerung im Einwanderungsland Deutschland genauer betrachten.

Die Einschätzungen zur politischen Selbstwirksamkeit sind bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in vielerlei Hinsicht ähnlich: Beide Gruppen denken z. B. mehrheitlich, dass sie die politischen Inhalte hierzulande verstehen. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund ist der Anteil aber etwas kleiner als bei jenen ohne Migrationshintergrund (rund 74 vs. 81%). Sie trauen sich auch seltener zu, an politischen Gesprächen aktiv teilzunehmen (rund 55 vs. 66%). Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es zwischen den Herkunftsgruppen manchmal leichte, manchmal aber auch recht deutliche Unterschiede. Männer geben häufiger als Frauen an, dass sie politische Inhalte verstehen.

Personen mit einem Migrationshintergrund sind jedoch eher als jene ohne Migrationshintergrund der Meinung, Politikerinnen und Politiker ließen sich von

der Bevölkerung beeinflussen. Allerdings hat in beiden Gruppen eine deutliche Mehrheit den Eindruck, dass die Volksvertreterinnen und -vertreter sich nicht für die Belange der gesamten Bevölkerung interessieren. So stimmen von den Befragten mit Migrationshintergrund nur rund 36 Prozent der Aussage zu, dass die Gewählten sich um die Anliegen einfacher Leute kümmern. Von jenen ohne Migrationshintergrund meinen das sogar nur rund 25 Prozent. Weite Teile der deutschen Bevölkerung sehen Politik anscheinend als abstrakten Prozess, der mit den Belangen der Einwohnerschaft insgesamt wenig zu tun hat. Auffällig ist zudem, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihr Verhältnis zu deutschen Volksvertretern und -vertreterinnen schlechter beurteilen, wenn sie länger in Deutschland leben. Für die Zukunft ist es also wichtig, die wahrgenommenen Repräsentationsmängel abzubauen. Dazu müssen die Politiker und Politikerinnen stärker auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zugehen und die Menschen einladen, sich politisch einzubringen.

## 1 Politische Selbstwirksamkeit und Demokratie<sup>1</sup>

In einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen bewertete die Mehrheit der Befragten die Arbeit der Bundesregierung im Spätsommer 2018 als „eher schlecht“ (Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2018). Es war das erste Mal seit sieben Jahren, dass die Bevölkerung in dieser Erhebung die Arbeit der Bundesregierung mehrheitlich negativ beurteilte. Vorausgegangen waren Monate des Streits innerhalb der Unionsparteien und in der Großen Koalition, besonders über die deutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik.<sup>2</sup> Aus schlechten Umfragewerten einer Regierung lässt sich zwar noch nicht ableiten, dass die deutsche Demokratie insgesamt in einer Krise ist. Umfragen belegen vielmehr, dass die Menschen in Deutschland grundsätzlich die Demokratie unterstützen (vgl. z. B. Bertelsmann Stiftung 2019: 47; Decker et al. 2018: 96–97). Aber diese Unterstützung bezieht sich vor allem auf Demokratie als ideales Prinzip. Das Vertrauen in konkrete demokratische Institutionen und ihre Vertreterinnen und Vertreter – vor allem solche mit repräsentativer Funktion<sup>3</sup> – ist dagegen weitaus geringer (Bertelsmann Stiftung 2019: 71). So meinte z. B. laut einer Umfrage von Mitte 2018 nur eine knappe Mehrheit der Bevölkerung (rund 53 %), dass die Demokratie in Deutschland funktioniert; in den neuen Bundesländern war es sogar weniger als die Hälfte (rund 47 %). Dabei wurde Demokratie als Idee in West wie in Ost von einer großen Mehrheit (jeweils über 90 %) weiterhin befürwortet (Decker et al. 2018: 96–97).

Diese Ergebnisse zeigen in Zahlen, was in der öffentlichen Debatte seit einiger Zeit unter Begriffen wie

Politikverdrossenheit, Vertrauenskrise oder fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt verhandelt wird. Dabei wird ‚der Politik‘ oder ‚der Demokratie‘ bisweilen pauschal eine Krise bescheinigt. Auch manche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermittelten zum Teil „gesamtsystemische“ Krisen der Demokratie (vgl. hierzu Merkel 2016).<sup>4</sup> Es werden aber auch differenziert Einzelaspekte beleuchtet, die eine vermeintliche Krise der Demokratie befördern können, z. B. die Undurchschaubarkeit demokratischer Entscheidungsverfahren, transnationale Regierungsformen und die damit verbundenen Herausforderungen oder der Einfluss der Medien (vgl. hierzu Vorländer 2013: 268). Im Mittelpunkt steht dabei häufig der Aspekt der politischen Stellvertretung. Denn bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die Krise der Demokratie eher als Krise der *repräsentativen* Demokratie: **Die Demokratie wird nicht als System angezweifelt; vielmehr wird Regierenden und ihren Parteien vorgeworfen, dass sie die Interessen einiger weniger vertreten, nicht die der Bevölkerung insgesamt.** Die Kommunikation und Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft scheint gestört (Vorländer 2016: 64).

Dieser Vorwurf ist nicht neu. Er geht zurück auf das komplexe Verhältnis von politischer Repräsentation und Demokratie bzw. die Frage, wie sie zu vereinbaren sind (vgl. hierzu Pitkin 1972). Hier sieht die Bevölkerung immer wieder eine Unausgewogenheit zugunsten der politischen Vertreter und Vertreterinnen: Sie kritisiert, dass sie durch die repräsentativen Strukturen die Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung immer weniger beeinflussen kann. Dadurch entstehe, so der Vorwurf, ein ge- und verschlossenes System politischer Entscheidung, in dem

- 
- 1 Dieser Policy Brief wurde begleitet von Prof. Dr. Hans Vorländer, Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Verantwortlich für diese Veröffentlichung sind der SVR-Forschungsbereich und das DeZIM-Institut. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des SVR wider. Die Autoren der Studie danken Alyona Fedina für ihre Unterstützung im Rahmen des Projekts.
  - 2 Der Begriff „Flüchtling“ bezeichnet in dieser Studie allgemein Menschen, die nach Deutschland geflohen sind. Da die Nachsilbe „-ling“ u. a. mit Hilfsbedürftigkeit assoziiert wird, sind in letzter Zeit alternative Begriffe populär geworden, besonders „Ge-flüchtete“, aber auch „Schutzsuchende“ oder „Newcomer“. Wörter, die auf „-ling“ enden, haben aber nicht automatisch einen negativen Beiklang (z. B. „Liebling“). Verschiedene Analysen deuten darauf hin, dass im deutschsprachigen Raum weiterhin überwiegend „Flüchtling“ als neutrale Bezeichnung genutzt wird (vgl. hierzu z. B. Stefanowitsch 2015; Jünemann 2017; Kothen 2016). Welchen Begriff geflüchtete Menschen selbst für angemessen halten, wurde bisher nicht empirisch untersucht.
  - 3 Regulative Institutionen, z. B. die Polizei oder die Gerichte, genießen in Deutschland weitaus mehr Vertrauen als repräsentative Institutionen wie Landtage, politische Parteien oder die Bundesregierung (vgl. Bertelsmann Stiftung 2019: 72).
  - 4 In diesem Zusammenhang ist u. a. Colin Crouchs Buch „Postdemokratie“ zu nennen (Crouch 2004).

die Eigeninteressen politischer Eliten denen der einfachen Bevölkerung übergeordnet würden. So entsteht der Eindruck, ‚die da oben‘ könnten machen, was sie wollen. **Es ist vor allem diese ‚Bruchstelle‘ innerhalb der repräsentativen Demokratie, die die Bürgerinnen und Bürger auch heute als zunehmende Distanz zwischen sich und den politischen Eliten wahrnehmen** (Vorländer 2017: 74). Dieses Unbehagen drückt sich in Politikverdrossenheit und mangelnder Beteiligung aus, aber zum Teil auch in Protestwahlverhalten. Politisch angespannte Situationen – wie die hohe Fluchtzuwanderung von 2015 und 2016 und die damit verbundenen Herausforderungen – können solche Konfliktlinien weiter hervortreten lassen. Ob es nun gerechtfertigt ist oder nicht: Das zunehmende Misstrauen gegen das politische Establishment kommt nicht zuletzt populistischen Bewegungen, Politikerinnen und Politikern zugute. Diese stellen grundlegende Aspekte von Demokratie infrage (etwa Meinungs- und Religionsfreiheit, aber auch Minderheitenrechte) und stellen sich als wahre Stimme ‚des Volkes‘ und als einzige Alternative zur bestehenden Ordnung dar – zum Teil mit Erfolg (vgl. hierzu Mercator Forum Migration und Demokratie 2018: 13–16).

Es wäre aber zu einfach, Politik(er)verdrossenheit und Demokratie- bzw. Repräsentationskepsis allein am politischen Tagesgeschehen festzumachen oder am strategischen Geschick der zuletzt erstarkten Populistinnen und Populisten. **Wer wissen möchte, ob sich die Bevölkerung in ihrem politischen System wohl, verstanden und repräsentiert fühlt, sollte den Blick auch auf weniger offensichtliche Aspekte richten.** Denn wenn Bürgerinnen und Bürger zur Politik auf Abstand gehen, kann das auch mit ihrer ganz eigenen, subjektiven Wahrnehmung zusammenhängen: Sehen sie sich überhaupt in der Lage dazu, Poli-

tik zu beeinflussen? Verstehen sie z. B., worum es in der Politik geht? Trauen sie sich zu, über Politik aktiv mitzureden? Und haben sie darüber hinaus den Eindruck, dass die Politik den Kontakt zu ihnen sucht und ihre Anliegen berücksichtigt? Fühlen sie sich nicht nur als der (verwaltete) Gegenstand, sondern als mitgestaltender Bestandteil des politischen Systems?

Mit solchen Fragen beschäftigen sich Forschungsansätze zur politischen Selbstwirksamkeit (im Englischen: *political efficacy*).<sup>5</sup> Die deutsche Forschung dazu ist allerdings besonders in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund überschaubar. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es nur wenige Datensätze gibt, die der zunehmenden Vielfältigkeit der deutschen Bevölkerung gerecht werden und gleichzeitig ein Fragenspektrum beinhalten, das Rückschlüsse auf politische Selbstwirksamkeit ermöglicht.<sup>6</sup> Mit der umfangreichen Zuwandererstudie des SVR-Integrationsbarometers 2018 lässt sich jedoch für verschiedene Herkunftsgruppen – aber auch für Menschen ohne Migrationshintergrund – untersuchen, inwiefern das allgemeine Verständnis von Politik und der wahrgenommene eigene Einfluss auf die Politik mit bestimmten anderen Merkmalen zusammenhängen (Info-Box 1).<sup>7</sup> Der vorliegende Policy Brief betrachtet Zusammenhänge zwischen der politischen Selbstwirksamkeit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und ‚klassischen‘ Einflussfaktoren wie Bildung, Alter und Geschlecht. Bei Menschen mit Migrationshintergrund werden zudem migrationspezifische Faktoren berücksichtigt, etwa die Aufenthaltsdauer und die jeweilige Herkunftsgruppe. Ein geschärftes Verständnis der politischen Selbstwirksamkeit der Bevölkerung kann helfen, Handlungsansätze zu entwickeln, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Menschen gerecht werden und ihre politische Teilhabe fördern.

5 Das Konzept der *political efficacy* geht zurück auf die sog. Selbstwirksamkeitserwartung (*self-efficacy*). Hierbei geht es darum, wie die eigenen Fähigkeiten bewertet werden. Diese Bewertung kann für verschiedene Lebenslagen – etwa Privatleben und Arbeitsleben – unterschiedlich ausfallen (Bandura 1997: 309).

6 Es gibt noch weitere bundesweite Umfrageprogramme, die nach Migrationshintergründen differenzieren und deren Fragenspektrum zugleich Rückschlüsse auf politische Selbstwirksamkeit ermöglicht. Dazu gehören z. B. der *European Social Survey* (ESS) und die *German Longitudinal Election Study* (GLES).

7 Das Integrationsbarometer 2018 beinhaltet die vom GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften bereitgestellte *Political Efficacy* Kurzskala (PEKS). Diese enthält jeweils zwei Fragen zu *internal* und *external political efficacy*. Für eine detaillierte Übersicht s. Beierlein et al. 2012.

## 2 Was ist politische Selbstwirksamkeit?

In der Wissenschaft teilt man das Konzept der politischen Selbstwirksamkeit meist in zwei Bereiche auf: Zum einen wird untersucht, wie Menschen ihre eigene Fähigkeit beurteilen, politische Sachverhalte nachvollziehen zu können und ob sie sich in der Lage sehen, sich politisch zu beteiligen. Zum anderen analysiert man, inwieweit sie der Meinung sind, dass Politikerinnen und Politiker sich bereitwillig um die Anliegen der Bevölkerung kümmern und deren Interessen aufgreifen – man erforscht hier, wie die Bevölkerung die sog. Responsivität der Politik wahrnimmt (Niemi/Craig/Mattei 1991: 1407–1408). Der zentrale Unterschied zwischen den zwei Bereichen liegt also darin, dass sich beim ersten der Blick nach innen richtet – im Englischen deshalb auch *internal efficacy* – und auf Persönlichkeitsmerkmale abzielt, während er sich beim zweiten nach außen richtet – *external efficacy* – und Überzeugungen in Bezug auf das politische System misst (vgl. hierzu Beierlein et al. 2012).<sup>8</sup>

Für die Politik ist dieses Konzept vor allem deshalb wichtig, weil politische Selbstwirksamkeit als ein zentraler Einflussfaktor für politische Teilhabe gilt (Abb. 1):<sup>9</sup> Menschen mit hoher politischer Selbstwirksamkeit nehmen eher am politischen Geschehen teil und beteiligen sich – im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten<sup>10</sup> – an seinen Prozessen (z. B. Wahlen) (Cohen/Vigoda/Samorly 2001: 734; Bandura 1997: 490). Menschen mit hoher politischer Selbstwirksamkeit verhalten sich als mündige und proaktive Bürger und Bürgerinnen; das gehört zu den wichtigsten Grundvoraussetzungen der Demokratie.<sup>11</sup> Politi-

sche Selbstwirksamkeit hat zudem eine emotionale Dimension: Wenn Menschen davon überzeugt sind, dass sie politischen Inhalten und Fragen folgen können und dass ihre politische Meinung zählt, von der Politik aufgenommen wird und Wirkung entfaltet, sehen sie politische Entscheidungsprozesse seltener als etwas Abstraktes, das ‚da oben‘ geschieht. Ein positives Verständnis von politischer Teilhabe und das Gefühl, vertreten zu werden, stärken das Vertrauen in die Politik insgesamt (Rosa 2017: 362–381; Hartmann 2017: 12). Wenn Menschen dagegen politischen Inhalten und Entwicklungen schlecht folgen können und nicht daran glauben, dass sie das politische Geschehen beeinflussen können, sind sie politisch unmündiger und haben weniger Vertrauen in das politische System. Mögliche Folgen sind Unzufriedenheit und Zynismus in Bezug auf Politik. Das wiederum erschwert die Arbeit einer demokratischen Regierung, die von der Wählerschaft abhängig ist und ihr Rechenschaft geben muss (Bandura 1997: 482). Denn in einer funktionierenden Demokratie ist das Volk der Souverän, von dem die Staatsgewalt ausgeht (Art. 20 Abs. 2 GG).<sup>12</sup> Im Umkehrschluss bedeutet dies: Das Volk kann Politikerinnen und Politikern die Staatsgewalt nicht nur anvertrauen, sondern auch entziehen. Vertrauen spielt in Demokratien also eine Schlüsselrolle. Denn dadurch ruht die Autorität staatlichen Handelns auf Akzeptanz statt z. B. auf Gewalt oder Zwang (Vehrkamp/Merkel 2018: 66).

**Es liegt demnach im Eigeninteresse demokratischer Politik, die politische Selbstwirksamkeit der Bevölkerung zu fördern. Das gilt für alle Menschen, die in Deutschland leben, unabhängig davon, ob sie eine Migrationsgeschichte haben**

8 Auch in diesem Policy Brief werden diese beiden Bereiche unterschieden und getrennt behandelt. Die Begriffe *internal efficacy* und politische Kompetenzen einerseits und *external efficacy* und politische Einflussmöglichkeiten andererseits werden synonym verwendet. Beide Bereiche zusammen werden als politische Selbstwirksamkeit bezeichnet.

9 Zum Zusammenspiel von *political efficacy* und weiteren Faktoren s. z. B. Reichert 2016.

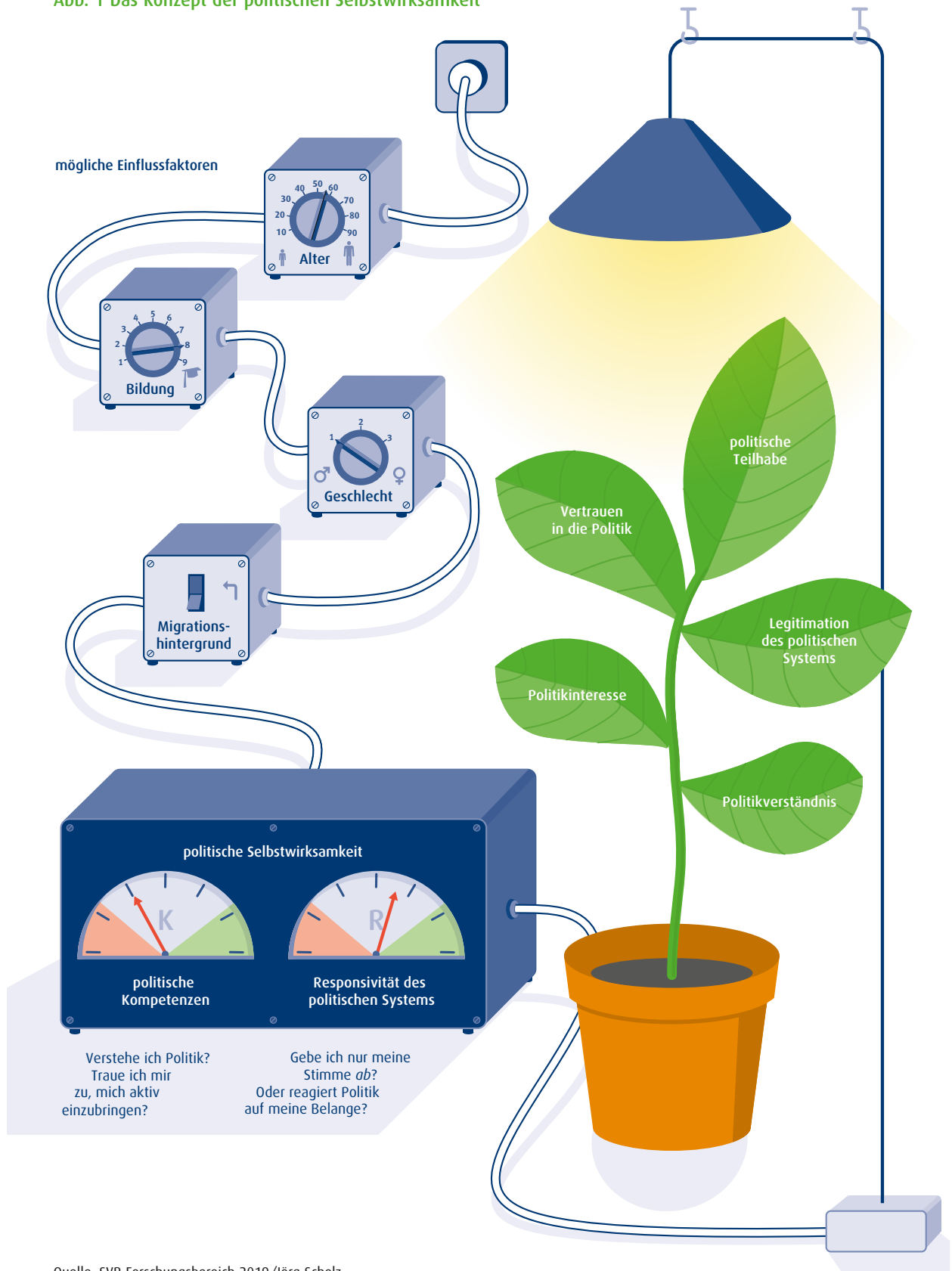
10 In bestimmten Bereichen haben Menschen mit Migrationshintergrund, die (noch) nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, zwar die gleichen Möglichkeiten politischer Teilhabe wie Deutsche, etwa in Bezug auf Meinungsfreiheit und Petitionsrecht (Cyrus 2008: 10). Auch in anderen Bereichen, wie bei der Bildung von Versammlungen und Vereinen, ist ihre politische Beteiligung und Beteiligung zwar rechtlich eingeschränkt, aber nicht untersagt. Das aktive und passive Wahlrecht – sprich: das Recht zu wählen und das Recht, selbst gewählt zu werden – ist aber per Grundgesetz an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. Eine Ausnahme gilt für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die sich bei Kommunal- und Europawahlen beteiligen dürfen.

11 Für einen Kurzüberblick über die Bedeutung von Demokratiekompetenz s. Detjen 2002.

12 Repräsentative Demokratie hat zudem eine Ordnungsfunktion: Sie soll dafür sorgen, dass Prozesse politischer Willensbildung und Entscheidung ohne Druck der öffentlichen Meinung, rational und kontrolliert stattfinden (Vorländer 2016: 61–62; Pitkin 2004: 337).



Abb. 1 Das Konzept der politischen Selbstwirksamkeit



Quelle: SVR-Forschungsbereich 2019/Jörg Scholz

oder nicht, und grundsätzlich unabhängig davon, ob sie wählen dürfen oder nicht. In Deutschland lebten 2017 rund 19,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das bedeutet: Ein Viertel der Bevölkerung ist selbst im Ausland geboren oder hat mindestens einen Elternteil, der zugewandert ist. Etwas mehr als die Hälfte der Menschen aus Einwandererfamilien besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit (Statistisches Bundesamt 2018). Von den aktuell wahlberechtigten Deutschen – Personen ab 18 Jahren – hat etwa ein Zehntel einen Migrationshintergrund (Wüst/Faas 2018: 7). Dieser Anteil wird voraussichtlich weiter steigen. Die Bereitschaft und die Befähigung dieser Bevölkerungsgruppe, sich am politischen Prozess zu beteiligen, werden also für die Legitimität politischer Entscheidungen immer wichtiger (Saalfeld 2011).

Angeichts der zunehmenden Vielfalt der Bevölkerung ist es wichtig, die aktuellen politischen Bedürfnisse von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund möglichst genau zu kennen.<sup>13</sup> Denn wie Menschen ihre politische Selbstwirksamkeit bewerten, hängt mit einer Reihe unterschiedlicher Einflussfaktoren zusammen: Die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen – die *internal efficacy* – ist abhängig von Geschlecht, Alter, Bildungsstand und weiteren Faktoren wie z. B. dem Einkommen<sup>14</sup>, wobei Bildung hier eine Schlüsselrolle spielt (vgl. z. B. Bödeker 2012: 27–28). Wie die eigenen Möglichkeiten politischer Einflussnahme – die *external efficacy* – eingeschätzt werden, hängt dagegen ganz allgemein mit dem Vertrauen in politische Institutionen bzw. in das politische System zusammen (Beierlein et al. 2012: 7).

Die Analyse solcher soziodemografischen Einflussfaktoren hat in der Forschung zur politischen Selbstwirksamkeit Tradition. Für den Migrationshintergrund dagegen interessiert sich die Wissenschaft bislang weitaus weniger: Zum einen beziehen entsprechende

Studien in Deutschland die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund selten ein.<sup>15</sup> Und wenn sie es tun, behandeln sie diese oftmals wie einen einheitlichen Block. Mögliche Unterschiede zwischen einzelnen Herkunftsgruppen werden selten berücksichtigt. Zum anderen wird auch der Migrationshintergrund an sich selten als eigener Einflussfaktor begriffen, der die Ausprägung der politischen Selbstwirksamkeit mitbestimmen kann.

Denn Menschen mit Migrationshintergrund – besonders diejenigen, die im Ausland geboren und aufgewachsen sind (erste Zuwanderergeneration) – befinden sich in einer besonderen Situation, die ihre Wahrnehmung von Politik beeinflussen kann: Wer z. B. im Herkunftsland wenig oder gar keine Erfahrungen mit Demokratie gemacht hat, kann zwar die *Idee* der Demokratie schätzen (oder auch nicht), muss aber ihre praktische Umsetzung – demokratisches Verhalten – wie alle Menschen erst erlernen. Das Fehlen einer demokratischen Ausbildung im Herkunftsland kann auch beeinflussen, wie die Betroffenen ihre politischen Einflussmöglichkeiten hierzulande wahrnehmen (vgl. hierzu SVR-Forschungsbereich 2013: 8–10; Wüst/Faas 2018: 12). Zudem können politische Einstellungen und Parteivorlieben durch die Vorerfahrungen geprägt sein (SVR 2018: 20).<sup>16</sup>

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund – in Deutschland und anderswo – ist in Bezug auf Herkunftsgruppen und Vorerfahrungen also sehr vielfältig. Insofern ist fraglich, ob klassische Erklärungsansätze, die vor allem Faktoren wie das Bildungsniveau berücksichtigen, hier allein ausreichen, um die politischen Überzeugungen von Menschen mit Migrationshintergrund zu erklären (vgl. hierzu auch Saalfeld 2011). Auch sollte der Migrationshintergrund nicht als fixer Status missverstanden werden, da dies den Prozesscharakter von Migration unterschätzt. So kann sich die Wahrnehmung der politischen Selbst-

13 An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kategorie Migrationshintergrund eine statistische Hilfskategorie ist; sie darf nicht als normative Zuschreibung missverstanden werden. S. hierzu z. B. SVR 2015: 146–147.

14 Dabei ist jedoch stets der enge Zusammenhang von Bildung und Einkommen zu bedenken (vgl. SVR-Forschungsbereich 2016a).

15 Studien, die Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen, sind z. B. Müssig/Worbs 2012; Wüst/Faas 2018; Moosbrugger et al. 2019.

16 Solche Vorerfahrungen können aber auch innerhalb eines Landes je nach Bevölkerungsgruppe höchst unterschiedlich ausfallen. Insofern kann von einem Herkunftsland nicht automatisch auf eine bestimmte Form der Vorsozialisation geschlossen werden.

## Info-Box 1 Methodische Anmerkungen zum SVR-Integrationsbarometer

Das Integrationsbarometer des SVR ist eine repräsentative Bevölkerungsumfrage unter Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Es misst das Integrationsklima in der Einwanderungsgesellschaft und erhebt Einschätzungen und Erwartungen der Bevölkerung in Bezug auf Integration und Migration sowie auf Integrations- und Migrationspolitik.

Das Integrationsbarometer 2018 enthält erstmals die *Political Efficacy* Kurzskala (PEKS), die von der GESIS bereitgestellt wird. Die PEKS enthält jeweils zwei Fragen zur *internal* und zur *external political efficacy* (Beierlein et al. 2012: 8). Für die aktuelle Erhebung des Barometers wurden zwischen Juli 2017 und Januar 2018 bundesweit insgesamt 9.298 Personen interviewt. 2.720 davon waren Personen ohne Migrationshintergrund, 1.438 Spät-/Aussiedler und Spät-/Aussiedlerinnen, 1.479 Türkeistämmige, 1.532 Zuwanderer und Zuwanderinnen aus einem anderen EU-Land und 1.760 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“.<sup>17</sup> Die Gruppe der Zuwanderer und Zuwanderinnen wurde so gewichtet, dass das Verhältnis dem in der Bevölkerung entspricht. Zudem wurde jede Herkunftsgruppe für sich an die tatsächlichen Verhältnisse in der Gesamtbevölkerung angepasst. Dies geschah anhand ausgewählter soziodemografischer Merkmale (u. a. Bildung, Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus) auf der Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus. Die Ergebnisse sind damit repräsentativ für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, aber auch für alle Herkunftsgruppen.<sup>18</sup>

wirksamkeit z. B. mit der Dauer des Aufenthalts im Land entwickeln.

Bisherige Befunde deuten überwiegend darauf hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich am politischen Geschehen – z. B. an Wahlen – insgesamt weniger beteiligen als Menschen ohne Migrationshintergrund.<sup>19</sup> Das ist problematisch: Wenn die Bevölkerung zunehmend vielfältiger wird, muss Demokratie gewährleisten, dass die politische Beteiligung der einzelnen Gruppen sich nicht systematisch unterscheidet. Denn solche Unterschiede verzerren die Bedürfnisse, Interessen und Forderungen der Gesamtbevölkerung, die dann entsprechend verzerrt

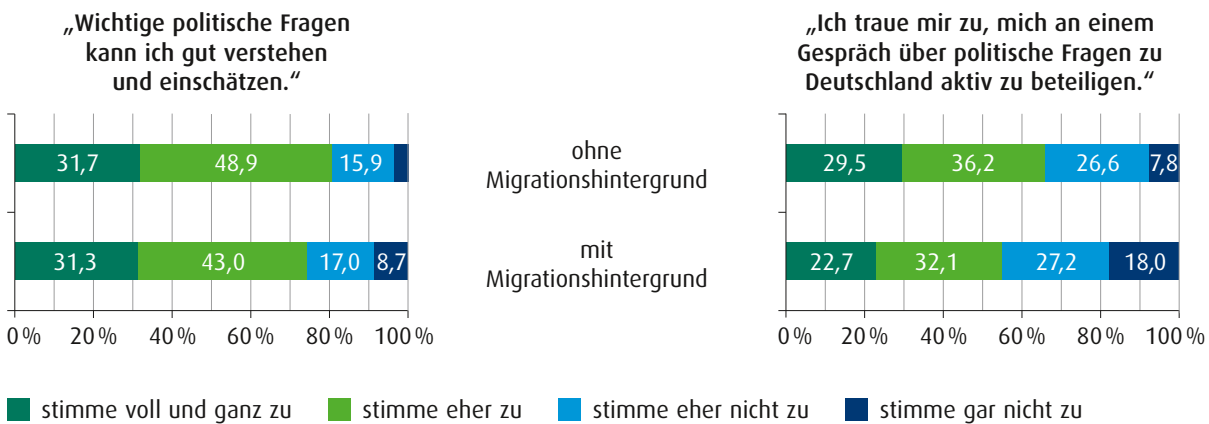
in den politischen Prozess eingehen (Müssig/Worbs 2012: 10). Deshalb ist es nicht nur für Integration, sondern auch für die Demokratie wichtig, Menschen mit Migrationshintergrund politisch einzubinden (Müssig/Worbs 2012: 10; SVR-Forschungsbereich 2013: 3–4). Dies steht zudem auch in dem oben angerissenen größeren Zusammenhang von Politikvertrauen oder -verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger insgesamt.

17 Zusätzlich wurden 369 Flüchtlinge aus ausgewählten Ländern interviewt, die ab 2014 nach Deutschland eingereist waren. Die Flüchtlinge erhielten einen gesonderten Fragebogen, dessen Inhalte sich in weiten Teilen vom Hauptfragebogen unterscheiden. Befunde aus dieser Flüchtlingsbefragung werden Ende 2019 in einer Publikation des SVR-Forschungsbereichs vorgelegt.

18 Die Befragung wurde telefonisch durchgeführt, und zwar über Mobil- und Festnetznummern. Hierfür wurde der Telefonnummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. genutzt. In jedem Haushalt wurde eine mindestens 15-jährige Person befragt, die nach dem *Last Birthday*-Verfahren zufällig ausgewählt wurde. Zweisprachige Interviewer und Interviewerinnen führten die Befragung auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Russisch, Farsi und Arabisch durch. Die Fragebögen wurden in jeder Sprache einem umfangreichen kognitiven Pretest unterzogen und anschließend unter Feldbedingungen getestet. Die Befragung wurde von der BIK Aschpurwis + Behrens GmbH durchgeführt. Ein umfassender Methodenbericht ist auf [www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de) abrufbar; s. dazu auch SVR 2018.

19 Dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte sich seltener an Wahlen beteiligen, ist ein international verbreitetes Phänomen. Es beschränkt sich weder auf Deutschland noch auf bestimmte ethnische oder religiöse Gruppen (vgl. hierzu Saalfeld 2011).

Abb. 2 Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund



Anmerkung: Anteile unter 4 Prozent sind nicht ausgewiesen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.  
 Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

## 2.1 Verstehe ich Politik und traue ich mir zu, darüber zu reden?

Die politischen Kompetenzen – die *internal efficacy* – werden im Rahmen der PEKS mit zwei Fragen ermittelt: Die erste untersucht, ob die Befragten der Meinung sind, politische Fragen zu verstehen. Die zweite prüft, ob sie sich zutrauen, aktiv an politischen Gesprächen teilzunehmen. Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2018 zeigen: **In der Summe geben Menschen mit und ohne Migrationshintergrund mehrheitlich an, dass sie politische Inhalte verstehen (dies meinen rund 74 bzw. 81 %).**<sup>20</sup> Auch vor Gesprächen über politische Inhalte scheuen beide Gruppen überwiegend nicht zurück, wenngleich die Anteile hier kleiner sind (Abb. 2).<sup>21</sup> Die Befragten

mit Migrationshintergrund schätzen ihre politischen Kompetenzen allerdings insgesamt etwas niedriger ein als jene ohne Migrationshintergrund.<sup>22</sup> Hier gibt es vor allem deutlich mehr Personen, die politische Fragen gar nicht verstehen bzw. sich politische Gespräche gar nicht zutrauen, auch wenn diese Anteile insgesamt klein sind (Abb. 2).<sup>23</sup> Dieser Befund ist allein schon deshalb wichtig, weil Wahlberechtigte aus Familien mit Einwanderungsgeschichte im Vergleich z. B. deutlich seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund angeben, wählen zu gehen, wenn sie politische Inhalte schlecht verstehen.<sup>24</sup> Es steht also zu befürchten, dass bei dieser Teilgruppe die politische Teilhabe besonders niedrig und das politische Geschehen ihnen insgesamt ferner ist.

20 Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 15 und 25 Jahren und über 65 Jahren geben etwas seltener an, politische Fragen zu verstehen. Das gilt sowohl im Vergleich zu den anderen Altersgruppen der Menschen mit Migrationshintergrund als auch im Vergleich zu unter 25- bzw. über 65-Jährigen ohne Migrationshintergrund.

21 Dabei ist zu berücksichtigen, dass politisches Verständnis und die Teilnahme an politischen Debatten sozial erwünscht sind. Da die hier dargestellten Ergebnisse auf der Selbsteinschätzung der Befragten beruhen, könnten sie also leicht (nach oben) verzerrt sein.

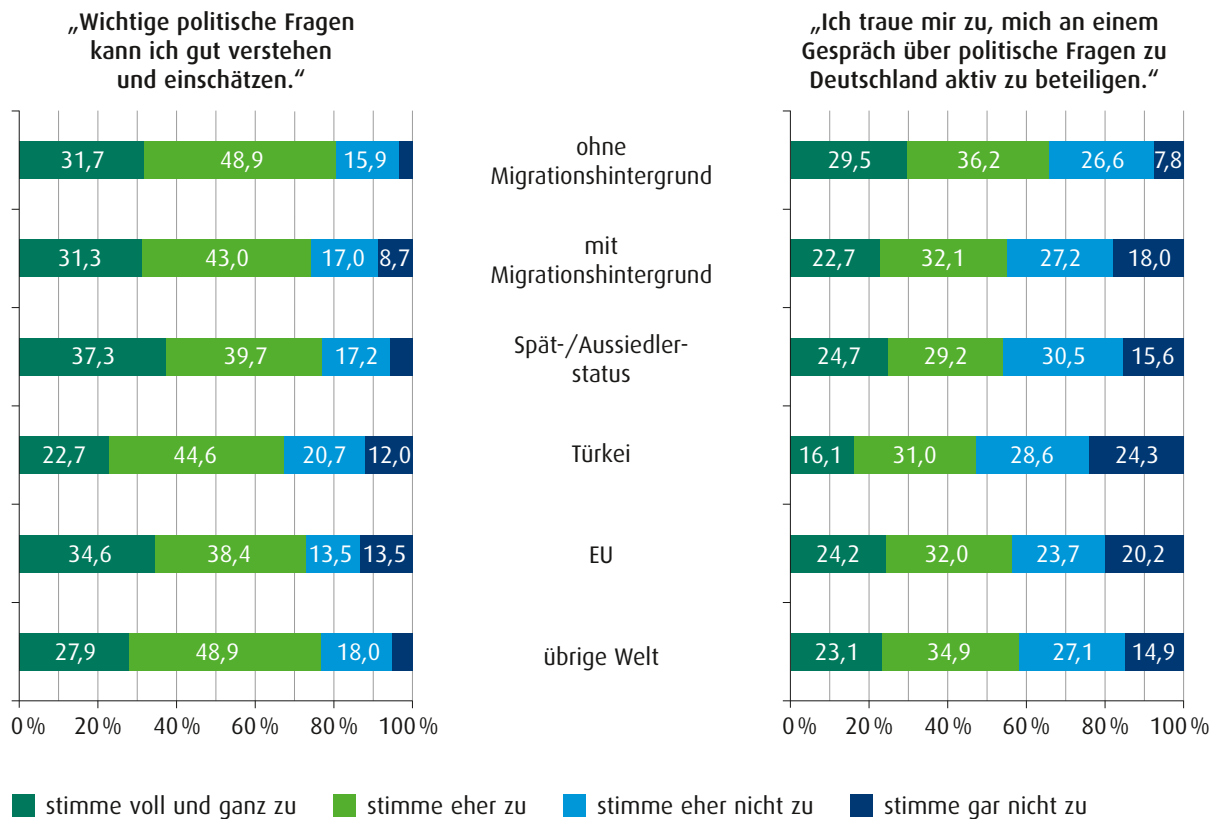
22 Diese Ergebnisse entsprechen weitgehend früheren Studien, die ebenfalls leichte Unterschiede festgestellt haben (vgl. z. B. Müssig/Worbs 2012: 23–24).

23 Dazu haben die Analysen ergeben, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die sich politische Informationen zu Deutschland in der Sprache ihres Herkunftslandes aneignen, ihre *internal efficacy* deutlich geringer bewerten als solche, die sich darüber vor allem in deutscher Sprache informieren.

24 Bei den Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund, die sich selbst ein gutes Verständnis von politischen Inhalten zuschreiben, lag 2013 die Wahlbeteiligung um 19 Prozentpunkte höher als bei denen, die meinen, von Politik nichts zu verstehen. Bei den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund war der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen mehr als doppelt so hoch (40 Prozentpunkte) (Wüst/Faas 2018: 16).



Abb. 3 Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen der Befragten



Anmerkung: Anteile unter 6 Prozent sind nicht ausgewiesen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.  
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Der Vergleich von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bringt bereits gewisse Erkenntnisse. Eine solche Betrachtung der Zuwanderer und Zuwanderinnen blendet allerdings aus, dass die Erfahrungen und damit auch die Wahrnehmung der persönlichen Kompetenzen sich möglicherweise nach Herkunftsland unterscheiden können. Um die Einschätzungen der *internal efficacy* der Bevölkerung genauer zu erfassen, muss die Analyse hier stärker unterteilen.

#### *Türkeistämmige bewerten ihre politischen Kompetenzen schlechter*

Menschen verschiedener Herkunftsgruppen beurteilen ihre politischen Kompetenzen zum Teil unterschiedlich. Daraus ergeben sich im Vergleich zu den Menschen ohne Migrationshintergrund entsprechende Abweichungen. Zwar schätzt auch bei der Betrachtung

nach Herkunftsgruppen keine Gruppe ihre politischen Kompetenzen besser ein als die Befragten ohne Migrationshintergrund (Abb. 3). Die Aufschlüsselung zeigt aber, dass einige Herkunftsgruppen ihre politischen Kompetenzen nur geringfügig schlechter einstufen als die Menschen ohne Migrationshintergrund; das gilt z. B. für die befragten Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler. Die Kategorie Migrationshintergrund allein sagt also wenig über die geschätzte eigene Fähigkeit, politische Inhalte und Fragen zu verstehen.

Die befragten Türkeistämmigen bewerten ihr eigenes Verständnis der deutschen Politik schlechter als diejenigen ohne Migrationshintergrund, aber auch schlechter als die anderen Herkunftsgruppen. Beispielsweise trauen sich rund 53 Prozent von ihnen eher nicht oder gar nicht zu, an politischen Ge-

sprächen aktiv teilzunehmen. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund beträgt dieser Anteil nur rund 34 Prozent (Abb. 3). Der Anteil der Türkeistämmigen, die sich ein solches Gespräch gar nicht zutrauen, liegt im Vergleich zu den Befragten ohne Migrationshintergrund sogar mehr als dreimal so hoch.

Wie sind diese Unterschiede einzuordnen? **Bei der Gruppe der Türkeistämmigen spielt besonders der Effekt von Bildung eine Rolle: Hochgebildete schätzen ihre Kompetenz meist hoch ein, und bei den Türkeistämmigen ist der Anteil der Hochgebildeten kleiner als bei den anderen Herkunftsgruppen.**<sup>25</sup> Dies ist sicherlich einer der Hauptgründe, weshalb die Befragten dieser Gruppe ihre politischen Kompetenzen insgesamt verhaltener bewerten. Berücksichtigt man die je nach Herkunftsgruppe unterschiedlichen Bildungsabschlüsse, schwinden die Differenzen.<sup>26</sup>

#### *Frauen schätzen ihre politischen Kompetenzen niedriger ein*

Frauen mit und ohne Migrationshintergrund sind ebenfalls mehrheitlich der Meinung, dass sie politische Fragen verstehen (rund 67 bzw. 76 %). Sie bewerten ihr Verständnis aber deutlich verhaltener als die Männer (Abb. 4).<sup>27</sup> **Dieser Geschlechterunterschied ist bei den Befragten mit Migrationshintergrund am stärksten: Verglichen mit den Männern schätzen die Frauen mit Migrationshintergrund ihre politischen Kompetenzen teilweise deutlich niedriger ein.** Sie bewerten sie auch schlechter als die Frauen ohne Migrationshintergrund.<sup>28</sup> Zwischen den Männern mit und ohne Migrationshintergrund sind die Unterschiede kleiner.

**Obwohl rund 67 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund angeben, dass sie politische Inhalte verstehen, traut sich über die Hälfte von**

**ihnen (rund 57 %) eine Beteiligung an politischen Gesprächen nicht zu** – bei keiner anderen Gruppe ist diese Abweichung so stark (Abb. 4). Frauen mit Migrationshintergrund fällt es also offenbar ganz besonders schwer, ihr vorhandenes politisches Wissen aktiv einzubringen.

Diese Befunde lassen sich auf verschiedenen Ebenen einordnen: Denn Frauen schätzen ihre Selbstwirksamkeit nicht nur in Bezug auf Politik oft geringer ein als Männer. Ursachen dafür sind z. B. kulturelle Praktiken, stereotype Geschlechtervorstellungen und Diskriminierung, z. B. im Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt (vgl. hierzu Bandura 1997: 430–436). Erklärungsansätze zur schlechteren Bewertung ihrer politischen Kompetenzen gehen u. a. davon aus, dass Frauen i. d. R. politikferner sozialisiert sind und die daraus entstandenen Geschlechterrollen sie in ihrer politischen Entwicklung behindern (vgl. hierzu Westle 2001: 131). Ein weiteres wichtiges Interpretationsmuster sind geschlechterspezifische Zugangsbarrieren: Die institutionalisierte Politik wird mitunter als frauenfeindliches Umfeld kritisiert, weil sie sich vor allem typisch männlichen Lebensverlaufsmustern angepasst habe; dadurch würden Frauen systematisch diskriminiert und ausgeschlossen (Westle 2001: 132–133). Solche Interpretationsansätze sind nach wie vor sehr berechtigt, auch wenn sich die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten in Deutschland – und anderswo – deutlich verbessert haben. Um das zu erkennen, genügt ein Blick auf die deutsche Politiklandschaft: Auch wenn Deutschland seit geraumer Zeit von einer Bundeskanzlerin regiert wird, ist das Feld der Politik hier in vielerlei Hinsicht immer noch von Männern beherrscht (vgl. Arregui Coka/Freier/Mollerstrom 2017). In der Bundesregierung betrug der Anteil von Frauen in Ministerposten zuletzt

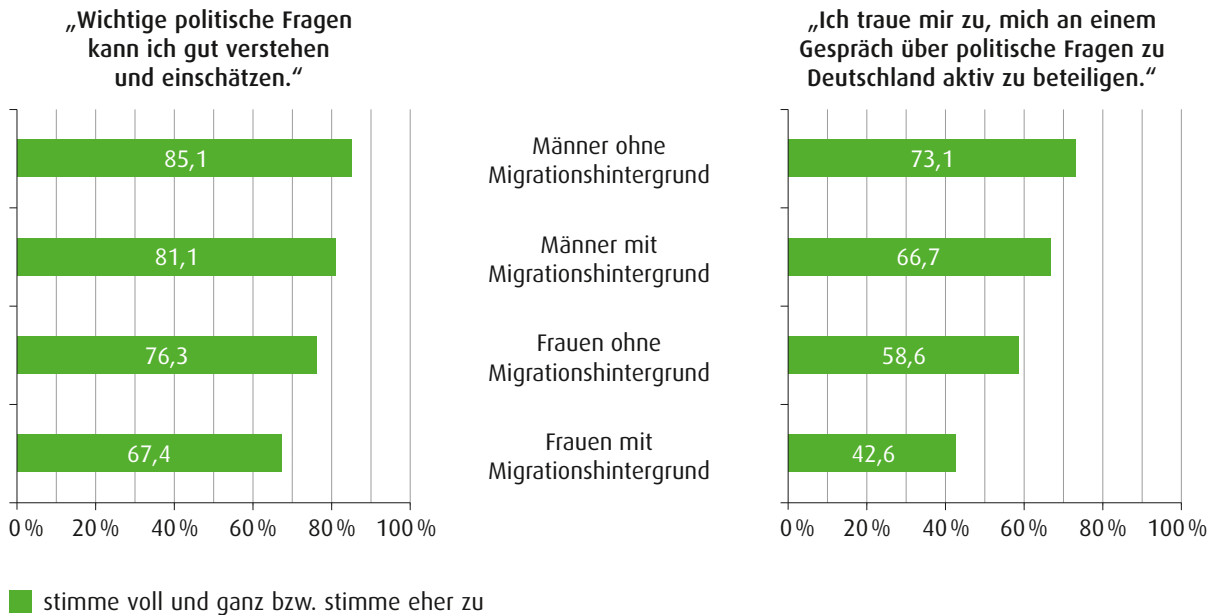
25 Im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund haben Türkeistämmige häufiger einen niedrigen oder gar keinen Schulabschluss und seltener einen mittleren oder hohen Schulabschluss. Auch der Anteil der Personen ohne Ausbildung ist bei ihnen höher, der Anteil der Studierenden liegt dagegen unter dem Durchschnitt. Außerdem gibt es ein stärkeres Bildungsgefälle zwischen Männern und Frauen (Schührer 2018: 29–33).

26 Dafür spricht auch, dass Hochgebildete mit Migrationshintergrund sich mit Blick auf ihre politischen Kompetenzen zum Teil nur geringfügig von jenen ohne Migrationshintergrund unterscheiden (Abb. 5).

27 Auch in früheren Studien haben Männer ihre politische Selbstwirksamkeit höher eingeschätzt als Frauen (vgl. z. B. Bandura 1997: 492; Verba/Burns/Lehman 1997; Beierlein et al. 2012: 15; Westle 2001: 151–153).

28 Die im Rahmen der Studie durchgeführten Analysen zeigen zudem, dass der Geschlechtereffekt bei den türkeistämmigen Frauen etwas stärker ausgeprägt ist als bei den anderen Herkunftsgruppen.

Abb. 4 Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Geschlecht



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

40 Prozent und der Frauenanteil im Bundestag rund 31 Prozent (Deutscher Bundestag 2017). Damit sind Frauen in der Politik klar unterrepräsentiert, denn in der deutschen Bevölkerung machen sie mehr als die Hälfte aus. In vielen wichtigen Herkunftsländern sind Frauen in der Politik aber noch seltener vertreten: Die oben genannten Anteile betragen 2017 in Syrien nur 6 bzw. 13 Prozent, in der Türkei 4 bzw. 15 Prozent, in Rumänien 24 bzw. 21 Prozent und in Polen 23 bzw. 28 Prozent (Inter-Parliamentary Union/UN Women 2017). **Wenn Frauen in der institutionalisierten Politik unterrepräsentiert sind, wirkt sich das möglicherweise negativ auf die Beurteilung ihrer politischen Fähigkeiten aus.** Frauen mit Migrationshintergrund aus bestimmten Herkunftsländern könnten darunter besonders leiden.<sup>29</sup>

Dass viele Frauen sich politische Gespräche nicht zutrauen (Abb. 4), ist auch insofern problematisch, als Gespräche eine Voraussetzung für politischen Meinungs-austausch bilden. Das gilt sowohl für institutionalisierte Formen politischer Teilhabe als auch für nicht institutionalisierte Formen wie z. B. Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen (vgl. hierzu Schmidt/Röser 2011). Bleiben Frauen dem aktiven politischen Austausch fern, etwa weil sie sich dafür nicht hinreichend kompetent fühlen, wird Politik für sie weniger erfahrbar. Das könnte ihre politische Selbstwirksamkeit insgesamt weiter hemmen.<sup>30</sup> Natürlich können sie politischen Austausch aber auch ganz bewusst meiden, etwa weil sie bestimmte Formate der politischen Diskussion für weniger effektiv und nützlich halten als Männer (vgl. hierzu Westle 2001: 147).

<sup>29</sup> Die hier beschriebenen Verhältnisse könnten zudem erklären, warum auch das Interesse von Frauen an Politik – z. B. ausgedrückt durch Mitgliedschaft in einer Partei – in der Regel unterhalb dem von Männern liegt (vgl. hierzu z. B. Hoecker 2011; Müssig/Worbs 2012; Niedermayer 2017).

<sup>30</sup> Gerade positive Erfahrungen mit aktiver politischer Partizipation steigern die politische Selbstwirksamkeit nachhaltig (Jugert et al. 2011: 48).

In manchen Bereichen politischer Partizipation – z. B. der Wahlbeteiligung<sup>31</sup> – gab es zwischen den Geschlechtern zuletzt kaum Unterschiede. Bei der Bewertung der eigenen politischen Kompetenzen bleibt dagegen ein *Gender Gap* bestehen, und zwar bei Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund. Dieser Abstand bleibt auch dann statistisch signifikant, wenn man den Faktor Bildung kontrolliert. Um diese Unterschiede besser erklären zu können, sollten zukünftige Forschungen stärker einbeziehen, welche Vorstellungen sich mit Frauen in der Politik verbinden – hierzulande ebenso wie in zentralen Herkunftsländern. Berücksichtigt werden muss in diesem Zusammenhang auch die Bildungsbenachteiligung bestimmter Frauengruppen, z. B. von Müttern mit Migrationshintergrund.<sup>32</sup>

#### *Menschen mit niedriger Bildung verstehen politische Inhalte schlechter*

Unterschiede in der Wahrnehmung der eigenen politischen Kompetenzen zeigen sich nach dem Bildungsniveau.<sup>33</sup> Ob jemand hoch oder niedrig<sup>34</sup> gebildet ist, beeinflusst die Einschätzung der *internal efficacy*, und zwar bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Diese Einschätzung wiederum bestimmt das Ausmaß politischer Teilhabe. Denn für politische Arbeit muss man schlüssig argumentieren und zum Teil hochkomplexe Sachverhalte reflektieren können; auch die politische Rede will gelernt sein. All das setzt in der Regel ein Mindestmaß an Bildung voraus (Bödeker 2014). Wenn diese fehlt und die eigenen

politischen Fähigkeiten als unzureichend empfunden werden, behindert das die aktive Teilhabe – in der Politik wie auch in anderen Lebensbereichen.

**Niedriggebildete mit und ohne Migrationshintergrund meinen zwar mehrheitlich, dass sie politische Inhalte verstehen. Trotzdem besteht hier eine Kluft zu besser gebildeten Menschen:** Niedriggebildete mit Migrationshintergrund trauen sich das seltener zu als Hochgebildete mit Migrationshintergrund (Abb. 5).<sup>35</sup> Entsprechend sehen sie sich auch seltener in der Lage, an politischen Gesprächen aktiv teilzunehmen: Das trauen sich nur rund 46 Prozent von ihnen (eher) zu.<sup>36</sup>

Hochgebildete mit Migrationshintergrund sind weit überwiegend der Meinung, dass sie politische Inhalte verstehen. Der entsprechende Anteil in dieser Gruppe liegt nicht weit unter dem der Hochgebildeten ohne Migrationshintergrund (rund 83 vs. 90 %). Gleichzeitig sehen sich aber nur rund 65 Prozent der Hochgebildeten mit Migrationshintergrund in der Lage, politisch mitzureden. Bei jenen ohne Migrationshintergrund ist der Abstand deutlich geringer: Rund 82 Prozent trauen sich politische Gespräche zu. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund könnten mangelnde Sprachkenntnisse und Redegewandtheit eine Rolle spielen; die einzigen Faktoren sind das aber sicher nicht. Auch neu zugewanderte Hochgebildete brauchen zudem eine gewisse Zeit, um die politischen Prozesse und Gepflogenheiten des Landes kennenzulernen und sich daran zu gewöhnen. Hier sollte nach weiteren Erklärungsfaktoren gesucht wer-

31 Im Unterschied zu früheren Wahlen in Deutschland entsprach die Beteiligung von Frauen an der Bundestagswahl 2017 inzwischen mit 76 Prozent der von Männern (Kobold/Schmiedel 2018: 146).

32 Mütter mit Migrationshintergrund haben z. B. im Vergleich zu Müttern ohne Migrationshintergrund häufiger keinen Schulabschluss und sind seltener erwerbstätig (BMFSFJ 2019: 17).

33 Die hohe Bedeutung von Bildung für die politische Selbstwirksamkeit ist bezogen auf Menschen mit Migrationshintergrund insofern problematisch, als Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an Hauptschulen über- und an Gymnasien unterrepräsentiert sind. Zudem belegen die verschiedenen Schulleistungsuntersuchungen aus den letzten Jahren, dass die Leistungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiterhin erheblich hinter denen von Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund zurückbleiben. Diese Benachteiligung setzt sich in der beruflichen Bildung und im Studium fort (vgl. SVR-Forschungsbereich 2016a).

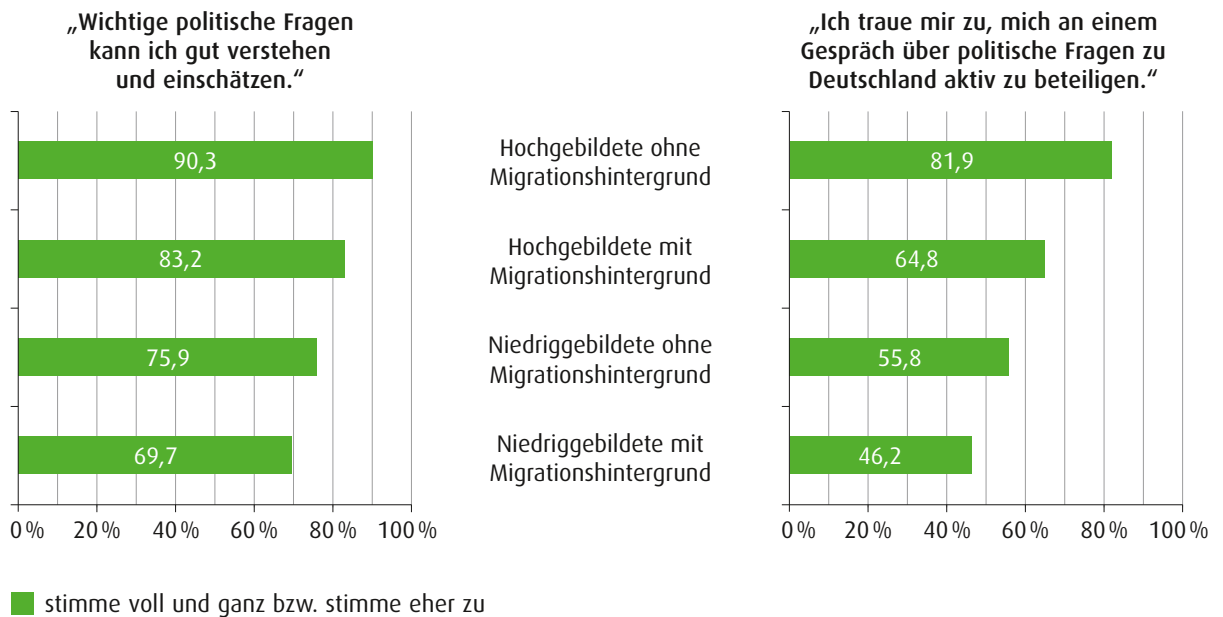
34 Unter niedrig gebildete Menschen fallen hier solche, die gar keinen Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss haben. Hochgebildete verfügen über ein (Fach-)Abitur.

35 Umgekehrt meinen Niedriggebildete mit Migrationshintergrund fast doppelt so häufig wie Hochgebildete mit Migrationshintergrund, dass sie politische Inhalte nicht verstehen; verglichen mit Hochgebildeten ohne Migrationshintergrund sind es sogar dreimal so viele.

36 Dies erstaunt nicht zuletzt deshalb, weil immerhin rund 70 Prozent der Niedriggebildeten angeben, politische Inhalte (eher) zu verstehen.



Abb. 5 Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Bildungsniveau



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

den. Denn wenn von den hochgebildeten Menschen mit Migrationshintergrund mehr als ein Drittel den politischen Diskurs scheut, gehen möglicherweise wichtige Brückenbauer und Brückenbauerinnen verloren.

## 2.2 Kümmern sich die Politikerinnen und Politiker um mich?

Politische Teilhabe setzt nicht nur voraus, dass die Menschen Politik verstehen (s. Kap. 2.1). Sie müssen auch das Gefühl haben, dass die Politik sie hört und vertritt. In intakten Demokratien stehen Politikerinnen und Politiker direkt und indirekt im Austausch mit der Bevölkerung, damit diese ihre Bedürfnisse

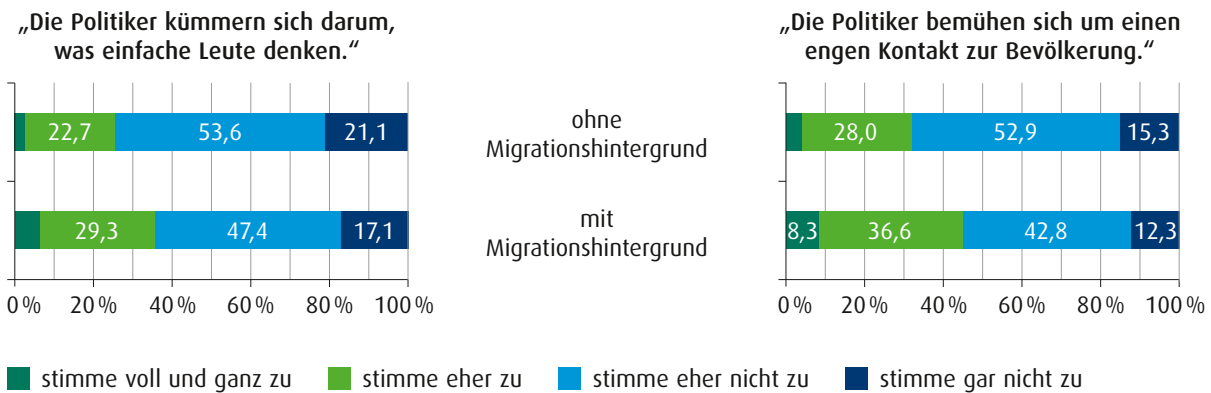
und Belange äußern kann, auch jenseits von Wahlen. Wenn die politischen Vertreter und Vertreterinnen darauf nicht hinreichend reagieren, kann das zu Vertrauensverlust führen und Zweifel daran wecken, dass politische Partizipation eine entscheidende Wirkung hat.

Diese sog. politische Responsivität – ihre *external efficacy* – bewerten die Befragten ohne Migrationshintergrund schlechter als jene mit Migrationshintergrund (Abb. 6).<sup>37</sup> Letztere stimmen im Integrationsbarometer zu rund 36 Prozent voll und ganz bzw. eher der Aussage zu, dass Politiker und Politikerinnen sich um die Anliegen einfacher Leute kümmern.<sup>38</sup> Von den Befragten ohne Migrationshintergrund tun das nur rund 25 Prozent. Etwa 45 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund sind auch der Meinung,

37 Auch andere Studien kommen zu dem Schluss, dass von den Menschen ohne Migrationshintergrund eine klare Mehrheit ihre Möglichkeiten politischer Einflussnahme negativ einschätzt (Bödeker 2012: 27; Decker et al. 2018: 98).

38 Menschen aus Einwandererfamilien bewerten ihre politischen Einflussmöglichkeiten weitgehend altersunabhängig. Anders bei den Menschen ohne Migrationshintergrund: Hier fühlt sich insbesondere die mittlere Alterskohorte (45 bis 55 Jahre) den Politikerinnen und Politikern eher fern. Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Unterschiede ein Effekt der Kohorte sein könnten und nicht des Alters.

Abb. 6 Einschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund



Anmerkung: Anteile unter 7 Prozent sind nicht ausgewiesen.  
 Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

dass Politiker und Politikerinnen sich um Kontakt zur Bevölkerung bemühen. In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund meinen dies nur rund 32 Prozent.

**Menschen mit Migrationshintergrund schätzen die Responsivität von Politikerinnen und Politikern demnach positiver ein als Menschen ohne Migrationshintergrund. Beide Gruppen haben aber mehrheitlich das Gefühl, dass die Vertreterinnen und Vertreter des politischen Systems ihre Belange und Bedürfnisse nicht ernst nehmen.** Eine klare Gegenposition hierzu vertritt in beiden Gruppen nur eine kleine Minderheit. Diese Zahlen sind durchaus besorgniserregend. Denn danach ist ein Großteil der Befragten nicht überzeugt, dass Politikerinnen und Politiker im Sinne der gesamten Bevölkerung handeln.<sup>39</sup>

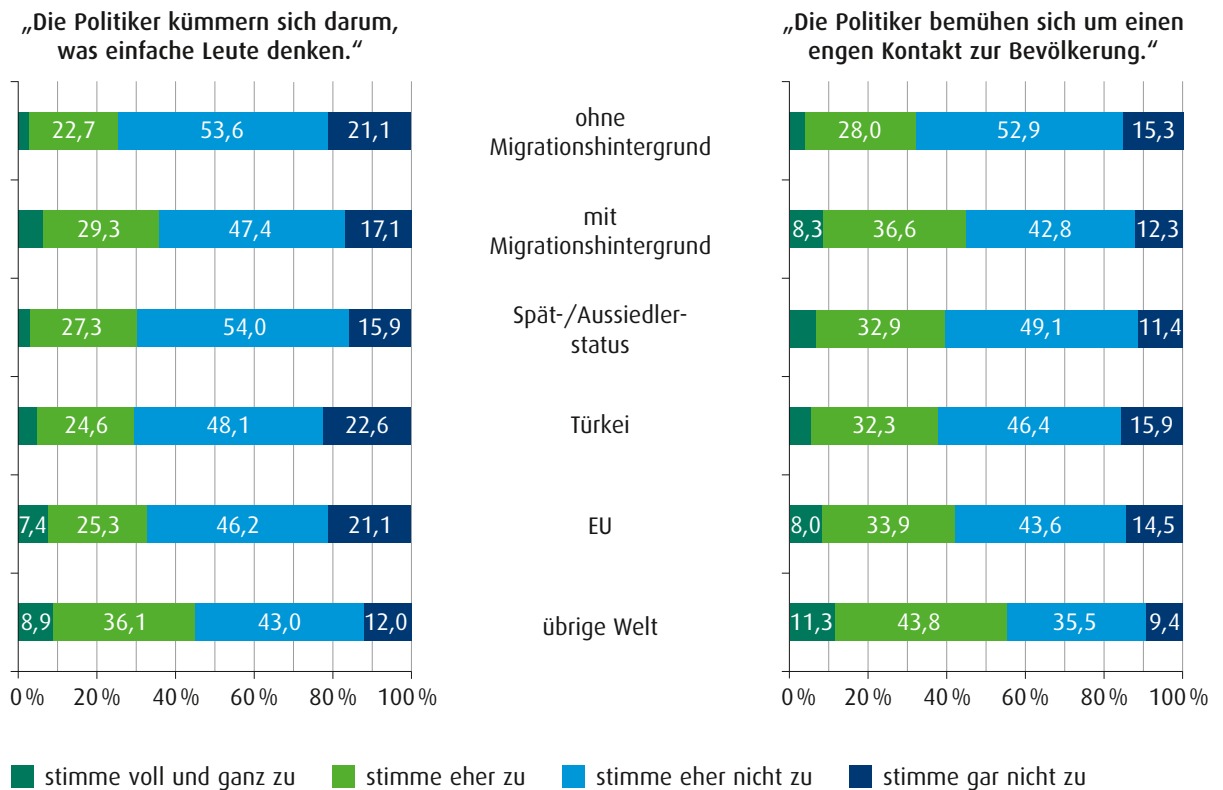
*Menschen aller Herkunftsgruppen fühlen sich oft schlecht vertreten*

Auch bei der Wahrnehmung der *external efficacy* zeigen sich zwischen den Herkunftsgruppen Un-

terschiede. Einigkeit besteht jedoch darin, dass die Politik bzw. die politische Führung überwiegend negativ bewertet wird. So sind z. B. Menschen aller Herkunftsgruppen der Meinung, dass die Politikerinnen und Politiker sich nicht um die Belange der gesamten Bevölkerung kümmern. Die größten Unterschiede bestehen zwischen Menschen ohne Migrationshintergrund und Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“: Letztere sehen die Responsivität des politischen Systems im Vergleich zu allen anderen Gruppen deutlich positiver. So sind z. B. etwa 45 Prozent von ihnen voll und ganz bzw. eher der Meinung, dass die Politikerinnen und Politiker sich darum kümmern, was einfache Leute denken. Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund sind es dagegen nur rund 25 Prozent (Abb. 7). Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“ meinen auch vergleichsweise häufig, dass Politiker und Politikerinnen den Kontakt zur Bevölkerung suchen (rund 55 vs. 32 % bei Menschen ohne Migrationshintergrund).

<sup>39</sup> Dieser Befund ist allerdings insofern zu relativieren, als das Vertrauen in repräsentative Institutionen – vor allem in politische Parteien – und deren Vertreterinnen und Vertreter meist besonders gering ausgeprägt ist. Das hängt möglicherweise damit zusammen, dass vor allem repräsentative Institutionen als politische wahrgenommen werden. Bei regulativen Institutionen – z. B. der Polizei oder den Gerichten – wären die Vertrauenswerte womöglich höher, weil die Öffentlichkeit sie eher nicht als politische Einrichtungen sieht (vgl. hierzu Bertelsmann Stiftung 2019: 72). Die hier angeführten Ergebnisse bilden somit nur einen – wenn auch zentralen – Ausschnitt der Bewertung des politischen Systems, der i. d. R. besonders kritisch ausfällt.

Abb. 7 Einschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen der Befragten



Anmerkung: Anteile unter 7 Prozent sind nicht ausgewiesen.  
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Die positivere Einstellung innerhalb dieser Herkunftsgruppe ist möglicherweise damit zu erklären, dass sie auch Flüchtlinge enthält und ggf. auch mehr Menschen aus autokratisch geführten Ländern als die anderen Gruppen.<sup>40</sup> Besonders Flüchtlinge schätzen Deutschland u.a. aufgrund seiner rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen.<sup>41</sup> Es ist durchaus denkbar, dass die Menschen dieser Gruppe die Demokratie und ihre Vertreter und Vertreterinnen vor

diesem Hintergrund hoffnungsvoller bewerten. Die deutlich schlechtere Bewertung bei den Menschen ohne Migrationshintergrund<sup>42</sup> könnte u.a. mit dem Populismus in Deutschland zusammenhängen, der zuletzt wiedererstartet ist: Dieser erhält auch Zuspruch von ‚enttäuschten Demokraten‘, die meinen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger würden nicht gehört (Vehrkamp/Merkel 2018: 37). Zugleich verstärken populistische Akteure und Akteurinnen

40 Dieser Interpretation steht allerdings entgegen, dass durchaus auch bestimmte Kohorten der anderen hier aufgeführten Herkunftsgruppen aus autokratisch geführten Regionen stammen können – man denke etwa an Russland in der Gruppe der Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler oder an die Türkei.

41 Dies haben diverse Studien belegt (vgl. z. B. Brücker et al. 2016: 1113; SVR-Forschungsbereich 2016b: 55).

42 Doch nicht nur Menschen ohne Migrationshintergrund befürworten populistische Parteien stärker: In der Gruppe der Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler z.B. sind zwischen 2016 und 2018 die Zustimmungswerte für die Partei Alternative für Deutschland (AfD) von rund 5 auf 12 Prozent deutlich gestiegen und liegen damit etwas höher als bei den Personen ohne Migrationshintergrund (rund 10%). Beide Werte liegen allerdings unter dem amtlichen Wahlergebnis der AfD bei der Bundestagswahl 2017 (13%) (SVR 2018: 5).

gezielt entsprechende Wahrnehmungen und machen sie sich zunutze (s. zum Verhältnis von politischer Selbstwirksamkeit und Populismus auch Kap. 4).

*Geschlecht und Bildung sind bei der Bewertung der politischen Einflussmöglichkeiten weniger wichtig*

Von den Männern und Frauen ohne Migrationshintergrund meint jeweils nur ein Viertel, dass die Regierenden sich um die Belange einfacher Menschen kümmern. Zudem sind nur rund 33 bzw. 31 Prozent von ihnen der Meinung, Politikerinnen und Politiker suchen den Kontakt zur Bevölkerung. Männer und Frauen mit Migrationshintergrund schätzen das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten zwar hoffnungsvoller ein, insgesamt aber auch mehrheitlich negativ. Die Männer sind dabei positiver gestimmt als die Frauen.

Auch die Bildung hat hier keine entscheidende Wirkung: Hoch- und Niedriggebildete mit Migrationshintergrund bewerten ihre Möglichkeiten, die Politik zu beeinflussen, nahezu gleich schlecht.<sup>43</sup> Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund schätzen Hochgebildete das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten etwas besser ein.<sup>44</sup> Bildung ist also ein zentraler Faktor bei der Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen (*internal efficacy*), nicht aber bei der Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten (*external efficacy*).

### 3 Je länger, desto besser? Aufenthaltsdauer und politische Selbstwirksamkeit

Integration ist ein zeitaufwendiger Prozess. Das gilt für die erfolgreiche Eingliederung in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt genauso wie für die politische Integration. **Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben,**

**bewerten ihre politischen Kompetenzen entsprechend besser als jene, die erst seit kurzer Zeit hier sind** (Abb. 8). Zwischen Zugewanderten, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, und Menschen ohne Migrationshintergrund zeigen sich dagegen nur geringe Unterschiede. Das liegt vor allem daran, dass Zugewanderte sich mit der Zeit Ressourcen aneignen, die das politische Verständnis fördern, z. B. (Aus-)Bildung, Sprachkenntnisse und Kontakte (Wüst/Faas 2018: 12). Dadurch können sie politische Parteien ideologisch besser einordnen und voneinander unterscheiden und sich im politischen System der Bundesrepublik insgesamt besser orientieren. Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2018 zeigen: Von den Menschen mit Migrationshintergrund bewerten diejenigen ihre politischen Kompetenzen am schlechtesten, die weniger als zehn Jahre in Deutschland leben. Der Anteil derer, die sich politische Fähigkeiten gar nicht zutrauen, ist hier fast dreimal so hoch wie bei den Menschen ohne Migrationshintergrund.

**Menschen, die noch keine zehn Jahre in Deutschland leben, meinen jedoch mehrheitlich (jeweils rund 57%), dass die Regierenden sich darum kümmern, was einfache Leute denken, und sich bemühen, mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen** (Abb. 9). Damit schätzen sie ihre politischen Einflussmöglichkeiten deutlich höher ein als z. B. jene ohne Migrationshintergrund. Menschen, die neu im Land sind, hegen also ganz offensichtlich große Erwartungen in Bezug auf die deutsche Demokratie und die Responsivität ihrer Vertreterinnen und Vertreter. Bei jenen, die schon länger in Deutschland leben, sind die Einschätzungen deutlich schlechter, ebenso bei weiten Teilen der zweiten Zuwanderergeneration. Inwiefern dies bei den Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich auf eine Art Ernüchterung zurückzuführen ist, lässt sich anhand der vorliegenden Querschnittsdaten<sup>45</sup> aber nicht sicher beantworten.

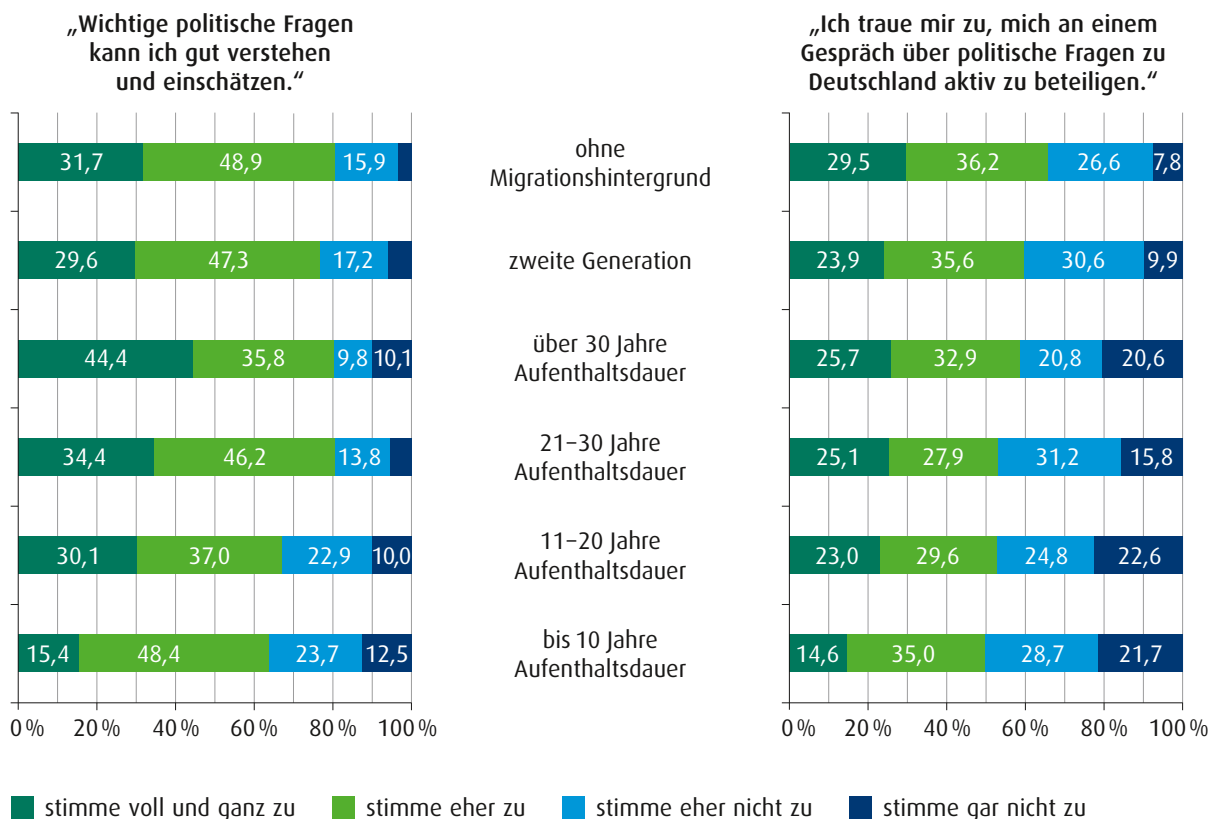
43 Rund 34 Prozent der Niedriggebildeten und 37 Prozent der Hochgebildeten mit Migrationshintergrund stimmen der Aussage eher bzw. voll und ganz zu, dass die Regierenden sich darum kümmern, was einfache Leute denken. Etwa 46 bzw. 47 Prozent meinen, die Politik bemühe sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

44 Hochgebildete ohne Migrationshintergrund sind zu rund 33 Prozent eher bzw. voll und ganz der Meinung, dass die Regierenden sich darum kümmern, was einfache Leute denken. Etwa 38 Prozent meinen, die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

45 Querschnittsdaten sind Daten, bei denen eine Auswahl von Befragten nur einmal interviewt wurde. Wenn die gleichen Befragten mehr als einmal in einem gewissen zeitlichen Abstand für die gleiche Befragung herangezogen werden, spricht man von einer Längsschnittstudie. Querschnittsdatensätze können Zusammenhänge deutlich machen, aber keine Kausalitäten offenlegen.



Abb. 8 Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Aufenthaltsdauer (bei den Befragten mit Migrationshintergrund)



Anmerkung: Die Aufenthaltsdauer bezieht sich auf Menschen der ersten Zuwanderergeneration. Anteile unter 6 Prozent sind nicht ausgewiesen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

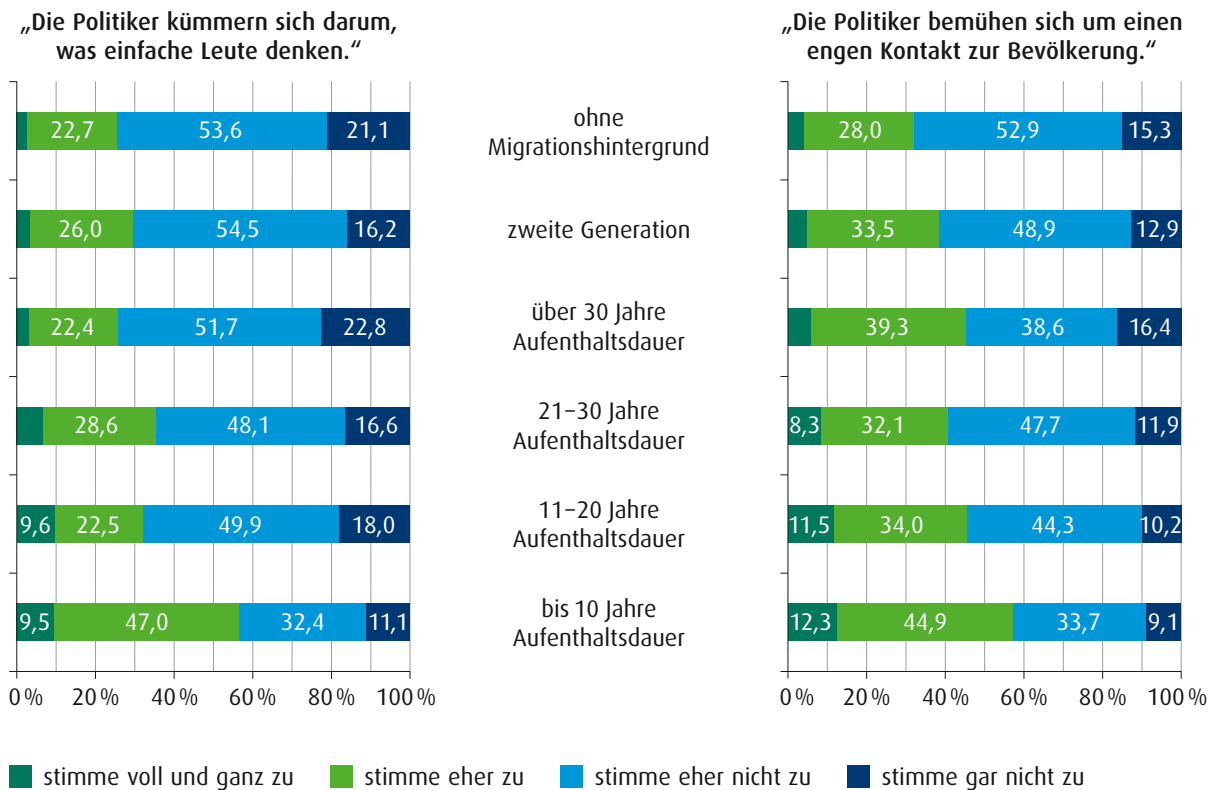
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Mit dem Wahlrecht<sup>46</sup> können Menschen direkt am demokratischen Prozess teilhaben. Sowohl im Sinne der politischen Integration als auch unter dem Aspekt der Demokratie ist es daher wichtig, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die auf Dauer hier leben, irgendwann auch deutsche Staatsangehörige werden. Steigt in einem Land der Anteil der nicht

Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung, droht langfristig ein Demokratiedefizit, denn dann werden die Belange bestimmter Bevölkerungsteile nicht hinreichend vertreten. 2016 hat die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen ohne deutschen Pass die Zehn-Millionen-Grenze überschritten. Das Interesse an Einbürgerung ist insgesamt niedrig, wengleich

46 Zugewanderte sind Ausländerinnen und Ausländer, solange sie nicht durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Vom aktiven und passiven Wahlrecht sind sie ausgeschlossen – dieses politische Bürgerrecht ist qua Grundgesetz deutschen Staatsangehörigen vorbehalten. Eine Ausnahme gilt für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger: Sie können sich bei Kommunal- und Europawahlen beteiligen. Zukünftige Studien zur politischen Selbstwirksamkeit sollten deshalb auch etwaige Unterschiede zwischen EU- und Nicht-EU-Zuwanderung beachten.

Abb. 9 Einschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten von Menschen nach Migrationshintergrund und Aufenthaltsdauer (bei den Befragten mit Migrationshintergrund)



Anmerkung: Die Aufenthaltsdauer bezieht sich auf Menschen der ersten Zuwanderergeneration. Anteile unter 7 Prozent sind nicht ausgewiesen.  
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

es sich je nach Herkunftsgruppe stark unterscheidet (Thränhardt 2017: 3).<sup>47</sup> Wie der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft mit der politischen Selbstwirksamkeit zusammenhängt, ist jedoch nicht leicht zu bestimmen: Deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bewerten ihre politischen Kompetenzen

zwar etwas besser als Zuwanderer und Zuwanderinnen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.<sup>48</sup> Dies dürfte aber nicht zuletzt daran liegen, dass Zugewanderte für eine Einbürgerung grundsätzlich mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben<sup>49</sup> und in einem gewissen Maß integriert sein müssen: Um einen Anspruch

47 Menschen aus (west-)europäischen Ländern stellen z. B. nur selten einen Antrag auf Einbürgerung, weil ihnen diese aufgrund ihrer Unionsbürgerschaft kaum einen Mehrwert bringt. Das sog. ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial betrug 2016 bei Italienerinnen und Italienern lediglich 1 Prozent. Bei manchen der neuen Beitrittsländer lag es deutlich höher, z. B. bei Rumänien (8%), Bulgarien (6%) und Polen (3%). Bei Drittstaatsangehörigen zeigt sich ein starkes Gefälle zwischen Einwanderern und Einwanderinnen aus wohlhabenden Rechtsstaaten und jenen aus weniger wohlhabenden und repressiven Staaten: Einbürgerungsraten von mehr als 10 Prozent gab es 2016 nur bei Kamerun (19%), Syrien (13%), Irak (12%), Nigeria (11%) und Afghanistan (11%) (Thränhardt 2017: 13-14).

48 Dieser Zusammenhang erwies sich jedoch nicht bei beiden Items der *internal efficacy* als statistisch signifikant. Zudem sagt er wenig aus, wenn die Zahlen nicht für die einzelnen Herkunftsgruppen getrennt analysiert werden. Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler haben z. B. automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, deshalb kann es in dieser Herkunftsgruppe keine entsprechenden Unterschiede geben.

49 Diese Frist verkürzt sich nach erfolgreichem Abschluss eines Integrationskurses auf sieben Jahre, bei „besonderen Integrationsleistungen“ kann sie sogar auf sechs Jahre verkürzt werden (§ 10 Abs. 2 StaG). Bei Ehepartnern und -partnerinnen Deutscher ist eine Einbürgerung unter bestimmten Voraussetzungen bereits nach drei Jahren möglich (§ 9 StaG i.V.m. Anh. A III 4 StAR-VwV Nr. 9.1.2.1.).

auf Einbürgerung zu haben, müssen sie z. B. in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten; auch Deutschkenntnisse und Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland werden vorausgesetzt (Worbs 2008: 11–13). Es ist daher schwer zu bestimmen, welchen Effekt die Staatsbürgerschaft an sich hat.

#### 4 Wie verhält sich die Neigung zu populistischen Parteien zur politischen Selbstwirksamkeit?

Wenn Menschen den Eindruck haben, dass Politikerinnen und Politiker auf ihre Belange nicht eingehen und eher eigene Interessen verfolgen als die der gesamten Bevölkerung, schwächt das ihr Vertrauen in die Politik. Dann entsteht möglicherweise eine Anti-Establishment-Haltung – man ist gegen ‚die da oben‘, weil man sich von ihnen nicht ernst genommen oder gar hintergangen fühlt.

Das Bild vom Volk auf der einen und korrupten politischen Eliten auf der anderen Seite ist wiederum ein zentraler Baustein des politischen Populismus, der derzeit nicht nur in Deutschland einen Aufschwung erlebt (Hentges 2018: 101; Vehrkamp/Merkel 2018: 25; Mercator Forum Migration und Demokratie 2018: 13). In Deutschland positioniert sich insbesondere die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) als ‚Anwalt des Volkes‘: Sie will ‚dem Volk‘ zu seinem Recht verhelfen, politisch gehört zu werden (Häusler 2018). Damit stellt sich die Frage, ob eine geringe politische Selbstwirksamkeit und speziell die Wahrnehmung unzureichender politischer Einflussmöglichkeiten Menschen dazu bewegt, populistische Parteien zu wählen. Anders-

herum gefragt: Sind Menschen mit geringer politischer Selbstwirksamkeit ein Reservoir für die Aktivitäten populistischer Parteien oder Bewegungen?

**Daten des SVR-Integrationsbarometers 2018 zeigen, dass bei Menschen mit Migrationshintergrund eine geringe politische Selbstwirksamkeit nicht mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zusammenhängt, eine populistische Partei (konkret: die AfD) zu wählen.** Bei Menschen ohne Migrationshintergrund ist zwar ein Zusammenhang erkennbar, aber er ist nur schwach ausgeprägt.<sup>50</sup> Viel entscheidender für eine solche Parteineigung sind – unabhängig vom Migrationshintergrund – etwa Einstellungen in Bezug auf Flüchtlinge: Wer Flüchtlinge als Bedrohung für den Wohlstand in Deutschland sieht, würde mit höherer Wahrscheinlichkeit die AfD wählen (Abb. 10).<sup>51</sup>

An dieser Stelle muss jedoch auf die Grenzen der zugrunde gelegten Daten verwiesen werden: Diese zeigen lediglich Zusammenhänge; Ursache-Wirkungs-Beziehungen können damit nicht erfasst werden. Anhand des Datenmaterials kann somit nicht zweifelsfrei geklärt werden, ob Menschen in erster Linie deshalb der AfD zuneigen, weil sie zu Flüchtlingen kritisch eingestellt sind. Denkbar ist auch, dass Personen zunächst aus anderen Gründen zur AfD tendieren und erst dann Vorbehalte gegen Flüchtlinge entwickeln.

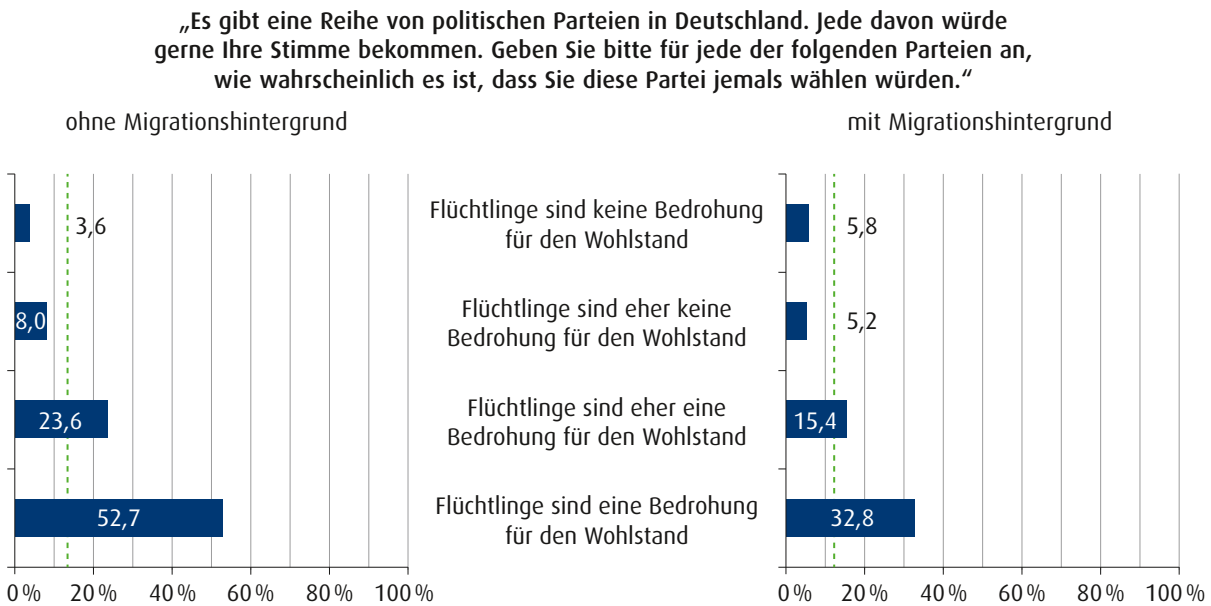
Zudem ist es problematisch, die Flüchtlingsfrage und die Wahrnehmung unzureichender politischer Einflussmöglichkeiten voneinander zu trennen. Denn die Vertreterinnen und Vertreter populistischer Parteien haben immer wieder die sog. Flüchtlingskrise herangezogen, um einen vermeintlichen Bruch zwischen ‚dem Volk‘ und ‚der Politik‘ zu behaupten. So bezeichnete etwa die damalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry die Asylpolitik der deutschen Bundesregierung als „Politik gegen das eigene Volk“ (Häusler 2018).<sup>52</sup>

50 Menschen ohne Migrationshintergrund, die der Aussage „Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken“ ganz und gar nicht zustimmen, neigen tendenziell etwas stärker der AfD zu.

51 Abb. 10 zeigt, dass die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund überdurchschnittlich ausfällt, wenn sie Flüchtlinge als Bedrohung für den Wohlstand wahrnehmen. Auch das Bildungsniveau hängt mit der Wahrscheinlichkeit zusammen, die AfD zu wählen. Hochgebildete mit und ohne Migrationshintergrund halten es für weniger wahrscheinlich als Niedriggebildete, dass sie dieser Partei ihre Stimme geben. Dieser Zusammenhang ist allerdings deutlich schwächer als der zum genannten Flüchtlingsthema.

52 Trotz dieser Analysen kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass die Wahl populistischer Parteien mit geringer politischer Selbstwirksamkeit zusammenhängt. Dies scheint nicht zuletzt deshalb plausibel, weil ein verhältnismäßig hoher Anteil derjenigen, die jetzt die AfD wählen, ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind (vgl. hierzu Pfahl-Traugber 2017). Zudem belegen Studien, dass die AfD besonders in Regionen Erfolge feiern konnte, in denen das Vertrauen in die Politik nachweislich geringer ist (vgl. hierzu z. B. Rösel/Samartzidis 2018).

Abb. 10 Geschätzte Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, nach Migrationshintergrund und Wahrnehmung von Flüchtlingen als Bedrohung



- Wahl der AfD eher wahrscheinlich und sehr wahrscheinlich
- Wahl der AfD eher wahrscheinlich und sehr wahrscheinlich: Durchschnitt

Anmerkung: Die weiteren – hier nicht dargestellten – Antwortmöglichkeiten zu der zu bewertenden Aussage zur Wahlwahrscheinlichkeit sind „eher unwahrscheinlich“ und „sehr unwahrscheinlich“. Die zu bewertende Aussage zu Flüchtlingen lautete: „Die Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge ist eine Bedrohung für den Wohlstand in Deutschland.“

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

## 5 Handlungsempfehlungen

Demokratie bedeutet, dass Menschen nicht nur das Objekt politischer Entscheidungen und verbindlicher Regelungen sind, sondern auch ihre Stimmen gehört und in einen Prozess „produktiver Vielstimmigkeit“ eingebunden werden (Rosa 2017: 365–366). Dazu müssen die Menschen sich zum einen in der Lage sehen, Politik zu verstehen und sich aktiv einbringen zu können – das ist in Deutschland bei Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund mehrheitlich der Fall. Zum anderen erfordert es aber auch ein intaktes Verhältnis zwischen denjenigen, die politisch repräsentiert werden, und denen, die sie repräsentieren. Dieses Verhältnis ist in Deutschland aber offensichtlich gestört, wenn eine Mehrheit der Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund für sich wenig Möglichkeiten sieht, die Politik zu beeinflussen und

Gehör zu finden. Hier muss die Politik ansetzen und dabei der bestehenden Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland Rechnung tragen; das zeigen die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wie auch zwischen einzelnen Herkunftsgruppen ebenso wie die teilweise erheblichen Unterschiede nach Geschlecht und Bildung. Vielfalt ist in der (politischen) Zukunft Deutschlands der Normalfall. Wer das versteht, kann politischer Entfremdung besser entgegenwirken.

*Politik für die Bevölkerung erfahrbar machen, Möglichkeiten der Mitgestaltung erweitern*

Der Grundstock für politische Teilhabe ist ausreichendes Wissen über politische Prozesse und Abläufe und über die Funktionsweise von Demokratie. Darüber hinaus sollte politische Bildung nicht nur als Wissensvermittlung, sondern auch als aktives Erlebnis



verstanden werden und mehr Gewicht auf Mitwirkungsmöglichkeiten (im Sinne des hier untersuchten Selbstwirksamkeitskonzepts) gelegt werden. Wie die Analyse gezeigt hat, sehen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihren Raum für politische Mitgestaltung als sehr begrenzt. Dieser Skepsis kann nicht einfach mit mehr Wissensvermittlung begegnet werden. Denn eine Distanz zur Politik baut sich nicht allein dadurch ab, dass die Menschen darüber besser Bescheid wissen. Vielmehr müssen sie Politik als einen Bereich aktiver Teilhabe kennenlernen. **Niedrigschwellige Einladungen zur Mitgestaltung auf kommunaler Ebene<sup>53</sup> sollten daher nicht nur vom Endergebnis, sondern auch vom Ziel der Mobilisierung her gedacht und entsprechend gestaltet werden.** Denn Partizipation – das Gefühl, unmittelbar teilzuhaben und mitgestalten zu können – fördert die politische Selbstwirksamkeit und kann so möglicherweise zu einer schrittweisen (Re-)Politisierung beitragen (Cremer 2016: 8).

#### *Politische Einbindung von Frauen (mit Migrationshintergrund) fördern*

Bei Frauen ist die politische Selbstwirksamkeit nach wie vor geringer als bei Männern.<sup>54</sup> Das gilt ganz besonders für Frauen mit Migrationshintergrund. Statt die Gründe für die geringe politische Selbstwirksamkeit allein bei den Frauen selbst zu suchen, muss auch das politische System hinterfragt werden: Wie ist es ausgerichtet, welche Anreize setzt es? Der Frauenanteil im deutschen Bundestag ist zwar seit den 1980er Jahren gestiegen. Dennoch sind Frauen in der aktuellen Legislaturperiode im Bundestag unterrepräsentiert: Sie machen über 50 Prozent der Bevölkerung aus, stellen aber nur rund 31 Prozent der Abgeordneten. Auf Länder- und Kommunalebene waren sie 2017 mit 31 bzw. 27 Prozent sogar zum Teil noch geringer vertreten (Arregui Coka/Freier/Mollerstrom

2017: 769–770). **Um ihren Anteil in der Politik zu steigern, müsste im ersten Schritt versucht werden, Frauen gezielt für eine Mitgliedschaft in Parteien zu gewinnen. Außerdem können die Parteien freiwillig Frauenquoten für Listen und Mandate festlegen.** Angesichts der Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung wäre es zudem sinnvoll, bei entsprechenden Strategien auch Frauen mit Migrationshintergrund in den Blick zu nehmen.

#### *Bei Maßnahmen politischer Integration auf die Praxis vor Ort setzen*

Für viele neu Zugewanderte aus Drittländern ist der Integrationskurs bzw. der Orientierungskurs der erste Ort, an dem sie mit dem politischen System in Deutschland in Berührung kommen und sich damit auseinandersetzen. Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass z. B. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Lehrplan für seine Orientierungskurse nicht nur die politische Wissensvermittlung, sondern auch politische Handlungsoptionen berücksichtigt (BAMF 2017: 12). Künftig sollten Politik und die aktive Teilnahme an demokratischen Prozessen noch stärker hervorgehoben und erfahrbar gemacht werden. **Dazu könnte der Raum für Exkursionen erweitert werden, der mit zehn Unterrichtseinheiten bislang eher spärlich ausfällt. Zudem könnten entsprechende Aktivitäten gezielt mit dem Modul 1 – Politik in der Demokratie – verknüpft werden.** Gemeinsame Projekte mit der kommunalen Politik, Migrantenorganisationen und dem Ehrenamt könnten ebenfalls dazu beitragen, dass neu Zugewanderte Politik stärker als Handlungsbereich wahrnehmen.

#### *Benachteiligte Gruppen fördern*

Der Zusammenhang von Bildung mit politischer Selbstwirksamkeit – und vermittelt darüber mit po-

53 Auch wenn Integration immer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, können Migrantenorganisationen hier in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund eine besondere Rolle spielen: als Ansprechpartnerinnen, aber vor allem auch als politische Vermittlerinnen und Übersetzerinnen von Kultur. Ihre Begleitung und Mitgestaltung politischer Prozesse auf kommunaler Ebene sollten weiter gestärkt werden. In einem aktuellen Projekt untersucht der SVR-Forschungsbereich die steigende Bedeutung von Migrantenorganisationen in Deutschland. Das Forschungsprojekt wird vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert. Die Ergebnisse werden Ende 2020 veröffentlicht.

54 Das zeigen auch andere Untersuchungen (vgl. z. B. Müssig/Worbs 2012; Beierlein et al. 2012; Westle 2001).

litischem Interesse und politischer Teilhabe – ist vielfach belegt. Dass besonders Menschen mit niedriger Bildung Politik als elitären Prozess wahrnehmen, auf den sie keinen Einfluss haben, ist ebenso nachvollziehbar, wie es mit Nichtwissen zusammenhängt: Denn wer nicht versteht, wie Politik überhaupt funktioniert und welchen Zwecken sie dient, kann sich davon kaum angesprochen fühlen und hat auch keinen Grund, daran etwas zu ändern. Der Anteil der Niedriggebildeten an der Bevölkerung ist nach wie vor beträchtlich.<sup>55</sup> Wenn diese Menschen sich politisch nicht beteiligen, ist repräsentative Demokratie zwar möglich, aber mangelhaft. Denn die politischen Akteure und Akteurinnen richten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf diejenigen, die sich politisch bemerkbar machen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 163). Ansätze aus der Milieuforschung versuchen hier neben einer gezielten Ansprache politische Beteiligung nicht nur als Persönlichkeitsentwicklung, sondern vor allem auch als Selbstzweck erfahrbar zu machen. Dies könnte politische Teilhabe zumindest punktuell verbessern (vgl. hierzu Detjen 2007; Klatt/Walter 2011). **Eine Schlüsselrolle in der demokratischen Bildung haben Schulen. Deshalb sollten schulische Projekte zur Stärkung des demokratischen Engagements erweitert werden.** Im Mittelpunkt sollte dabei stehen, bildungsbenachteiligten und politikfern aufwachsenden jungen Menschen niedrigschwellige Zugänge zu eröffnen (vgl. hierzu KMK 2018). Dies käme Schülerinnen und Schülern mit wie ohne Migrationshintergrund zugute.

## 6 Ausblick

Die Zustimmung zur Demokratie als politischem System ist in Deutschland insgesamt solide. **Somit gibt es derzeit keinen Anlass, von einer allumfassenden Demokratiekrise zu sprechen. Zugleich ist der schwindende Glaube an die Responsivität von Politikerinnen und Politikern ein ernst zu nehmendes Problem:** Wie die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2018 zeigen, steht ein Großteil der Befragten der Politik bzw. ihren Vertreterinnen und Vertretern eher distanziert bis misstrauisch gegenüber und sieht sie kaum als Vermittlungsinstanz für ihre politischen Wünsche und Belange. **Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund attestiert sich ein hinreichendes politisches Verständnis – und dennoch fühlen sich verschiedene Gruppen der immer vielfältiger werdenden Bevölkerung der Politik fern.** Viele haben den Eindruck, dass sie von der Politik nicht gehört werden und sie kaum beeinflussen. Sowohl die Politik als auch die Bevölkerung müssen entscheiden, wie sie dieser Entfremdung begegnen. Bürgerinnen und Bürger, die darauf nur mit Zynismus reagieren, versprechen ebenso wenig Verbesserung wie Politikerinnen und Politiker, die versuchen, aus dem Vertrauensverlust zwischen Regierten und Regierenden Kapital zu schlagen.

Die politische Selbstwirksamkeit ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Faktor, um das politische Verhalten von Menschen zu erklären. Deshalb ist es wichtig, die empirischen wie theoretischen Zusammenhänge politischer Selbstwirksamkeit besser und auch detaillierter zu verstehen. Künftige Studien sollten dabei vor allem weitere Unterschiede zwischen Herkunftsgruppen in den Blick nehmen, um gruppengenaue Handlungsansätze formulieren zu können.

<sup>55</sup> Der Anteil derjenigen, die nur einen Hauptschulabschluss haben, sinkt zwar in der deutschen Bevölkerung seit Jahren, 2016 betrug er aber immer noch 31 Prozent. Menschen mit Migrationshintergrund sind in dieser Gruppe nach wie vor stärker vertreten (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018: 55).



## Literatur

- Arregui Coka, Daniela/Freier, Ronny/Mollerstrom, Johanna* 2017: Genderparität in der deutschen Politik: Weitere Bemühungen nötig, in: DIW Wochenbericht, 84: 37, 763-771.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung* 2018: Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung, Bielefeld.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* 2015: Einbürgerung in Deutschland. (<http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Einbuengerung/InDeutschland/indeutschland-node.html>, 04.02.2019)
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* 2017: Curriculum für einen bundesweiten Orientierungskurs. Überarbeitete Neuauflage für 100 UE. Stand: April 2017, Nürnberg.
- Bandura, Albert* 1997: Self-Efficacy. The Exercise of Control, New York.
- Beierlein, Constanze/Kemper, Christoph J./Kovaleva, Anastassiya/Rammstedt, Beatrice* 2012: Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzskaala (PEKS). GESIS Working Papers 18, Mannheim.
- Bertelsmann Stiftung* 2019: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2019: Gelebte Vielfalt: Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin.
- Bödeker, Sebastian* 2012: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. OBS-Arbeitspapier 1, Frankfurt am Main.
- Bödeker, Sebastian* 2014: Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird. Beitrag vom 13.08.2014. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/189941/die-ungleiche-buergergesellschaft?p=all>, 04.01.2019)
- Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen/Babka von Gostomski, Christian/Böhm, Axel/Fendel, Tanja/Friedrich, Martin/Giesselmann, Marco/Kosyakova, Yuliya/Kroh, Martin/Liebau, Elisabeth/Richter, David/Romiti, Agnese/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Schmelzer, Paul/Siegert, Manuel/Sirries, Steffen/Trübswetter, Parvati et al.* 2016: Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration, in: DIW Wochenbericht, 83: 46, 1103-1119.
- Cohen, Aaron/Vigoda, Eran/Samorly, Aliza* 2001: Analysis of the Mediating Effect of Personal-Psychological Variables on the Relationship between Socioeconomic Status and Political Participation: A Structural Equations Framework, in: Political Psychology, 22: 4, 727-757.
- Cremer, Arne* 2016: Gut bekannt und unerreicht? Nichtwähler\_innen und Wahlbeteiligung. Policy Paper im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Crouch, Colin* 2004: Post-Democracy, Hoboken.
- Cyrus, Norbert* 2008: Politische Integration von Einwanderinnen und Einwanderern. Beitrag vom 01.08.2008. (<https://heimatkunde.boell.de/2008/08/01/politische-integration-von-einwanderinnen>, 04.01.2019)
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar* 2018: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen, 65-115.
- Detjen, Joachim* 2002: Die Demokratiekompetenz der Bürger. Beitrag vom 26.05.2002. (<http://www.bpb.de/apuz/25554/die-demokratiekompetenz-der-buerger?p=all>, 04.01.2019)
- Detjen, Joachim* 2007: Politische Bildung für bildungsferne Milieus, in: APuZ, 61: 32-33, 3-8.
- Deutscher Bundestag* 2017: Abgeordnete in Zahlen. Frauen und Männer. Stand: Oktober 2017. ([https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb\\_zahlen\\_19/frauen\\_maenner-529508](https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner-529508), 11.02.2019)
- Forschungsgruppe Wahlen e.V.* 2018: Die Bundesregierung macht ihre Arbeit eher ... ([https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/), 22.03.2019)

- Hartmann, Martin* 2017: Krise des Vertrauens – Politik in der Krise? Philosophie und die Bedingungen von Vertrauensordnungen, Berlin.
- Häusler, Alexander* 2018: Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei. Beitrag vom 25.06.2018. (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/271484/die-afd-werdegang-und-wesensmerkmale-einer-rechtsausenpartei>, 04.01.2019)
- Hentges, Gudrun* 2018: Die populistische Lücke: Flucht, Migration und Neue Rechte, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt am Main, 101–116.
- Hoecker, Beate* 2011: Frauen in der Politik. Beitrag vom 05.11.2009. (<http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49362/frauen-in-der-politik>, 07.01.2019)
- Inter-Parliamentary Union/UN Women* 2017: Women in Politics: 2017. Situation on 1 January 2017. (<https://www.ipu.org/file/2687/download?token=oc2hik70>, 04.01.2019)
- Jugert, Philipp/Benbow, Alison/Noack, Peter/Eckstein, Katharina* 2011: Politische Partizipation und soziales Engagement unter jungen Deutschen, Türken und Spätaussiedlern: Befunde aus einer qualitativen Untersuchung mit Fokusgruppen, in: Politische Psychologie, 1: 1, 36–53.
- Jünemann, Britta* 2017: Partizipien für Menschen. Beitrag vom 01.09.2017. (<https://www.sueddeutsche.de/politik/gastbeitrag-partizipien-fuer-menschen-1.3649187>, 10.01.2019)
- Klatt, Johanna/Walter, Franz* 2011: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld.
- KMK – Kultusministerkonferenz* 2018: Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, Berlin.
- Kobold, Kevin/Schmiedel, Sven* 2018: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017, in: WISTA Wirtschaft und Statistik, 3/2018, 142–156.
- Kothen, Andrea* 2016: Sagt man jetzt Flüchtlinge oder Geflüchtete?, in: PRO ASYL e.V. (Hrsg.): Menschenrechte kennen keine Grenzen, Frankfurt am Main, 24.
- Mercator Forum Migration und Demokratie* 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2018, Dresden.
- Merkel, Wolfgang* 2016: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff, in: APuZ, 66: 40–42, 4–11.
- Moosbrugger, Robert/Bacher, Johann/Kupfer, Antonia/Prandner, Dimitri* 2019: Bildungsarmut und politische Teilhabe, in: Quenzel, Gudrun/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Handbuch Bildungsarmut, Wiesbaden, 555–583.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne* 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 des BAMF, Nürnberg.
- Niedermayer, Oskar* 2017: Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliederschaften. Beitrag vom 07.10.2017. (<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung>, 04.01.2019)
- Niemi, Richard G./Craig, Stephen C./Mattei, Franco* 1991: Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study, in: The American Political Science Review, 85: 4, 1407–1413.
- Pfahl-Traughber, Armin* 2017: Wer wählt warum die AfD? Eine Analyse der Daten zu den Landtagswahlen 2017. Beitrag vom 08.06.2017. (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/248916/wer-waehlt-warum-die-afd>, 04.01.2019)
- Pitkin, Hanna F.* 1972: The Concept of Representation, Berkeley.
- Pitkin, Hanna F.* 2004: Representation and Democracy: Uneasy Alliance, in: Scandinavian Political Studies, 27: 3, 335–342.
- Reichert, Frank* 2016: How Internal Political Efficacy Translates Political Knowledge into Political Participation, in: Europe's Journal of Psychology, 12: 2, 221–241.
- Rosa, Hartmut* 2017: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. 7. Auflage, Berlin.
- Rösel, Felix/Samartzidis, Lasare* 2018: Wert- statt Geldmangel: AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt, in: ifo Dresden berichtet, 25: 3, 9–13.



- Saalfeld, Thomas* 2011: Wahlbeteiligung und Parteiwahl von Personen mit Migrationsgeschichte in den Demokratien Europas. Beitrag vom 18.11.2011. (<https://heimatkunde.boell.de/2011/11/18/wahlbeteiligung-und-parteiwahl-von-personen-mit-migrationsgeschichte-den-demokratien>, 04.01.2019)
- Schmidt, Steffen/Röser, Sabrina* 2011: Politische Partizipation von Frauen. Beitrag vom 10.06.2011. (<https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47471/politische-partizipation-von-frauen?p=all>, 04.01.2019)
- Schührer, Susanne* 2018: Türkeistämmige Personen in Deutschland. Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015“ (RAM). BAMF Working Paper 81, Nürnberg.
- Statistisches Bundesamt* 2018: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2017. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Stefanowitsch, Anatol* 2015: Flüchtlinge zu Geflüchteten? Beitrag vom 12.12.2015. (<http://www.sprachlog.de/2015/12/12/fluechtlinge-zu-gefluechteten/>, 10.01.2019)
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2015: Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018: Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2013: Potenzial für Bundestagswahlen: Politische Partizipation von Drittstaatsangehörigen. Policy Brief, gefördert von der Stiftung Mercator, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2016a: Doppelt benachteiligt? Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Expertise im Auftrag der Stiftung Mercator, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2016b: Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, Berlin.
- Thränhardt, Dietrich* 2017: Einbürgerung im Einwanderungsland Deutschland. Analysen und Empfehlungen. WISO Diskurs 11, Bonn.
- Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang* 2018: Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Verba, Sidney/Burns, Nancy/Schlozman, Kay L.* 1997: Knowing and Caring about Politics: Gender and Political Engagement, in: *The Journal of Politics*, 59: 4, 1051–1072.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay L./Brady, Henry* 1995: *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge/MA.
- Vorländer, Hans* 2013: Krise, Kritik und Szenarien: Zur Lage der Demokratie, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23: 2, 267–277.
- Vorländer, Hans* 2016: Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht: Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?*, Gütersloh, 59–74.
- Vorländer, Hans* 2017: Demokratie – in der Krise und doch die beste Herrschaftsform?, in: *Informationen zur politischen Bildung*, 332: 1, 72–82.
- Westle, Bettina* 2001: Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Wiesbaden, 131–168.
- Worbs, Susanne* 2008: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 des BAMF, Nürnberg.
- Wüst, Andreas M./Faas, Thorsten* 2018: Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Das Konzept der politischen Selbstwirksamkeit .....	9
Abb. 2	Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund .....	12
Abb. 3	Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen der Befragten .....	13
Abb. 4	Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Geschlecht .....	15
Abb. 5	Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Bildungsniveau .....	17
Abb. 6	Einschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund .....	18
Abb. 7	Einschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen der Befragten .....	19
Abb. 8	Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach Aufenthaltsdauer (bei den Befragten mit Migrationshintergrund) .....	21
Abb. 9	Einschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten von Menschen nach Migrationshintergrund und Aufenthaltsdauer (bei den Befragten mit Migrationshintergrund) .....	22
Abb. 10	Geschätzte Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, nach Migrationshintergrund und Wahrnehmung von Flüchtlingen als Bedrohung .....	24

## Impressum

Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2019-1

### **Herausgeber:**

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH  
Neue Promenade 6  
10178 Berlin  
Tel.: 030/288 86 59-0  
Fax: 030/288 86 59-11  
info@svr-migration.de  
www.svr-migration.de

### **Verantwortlich:**

Dr. Cornelia Schu

### **Gestaltung:**

SeitenPlan GmbH

### **Druck:**

Knipp Medien und Kommunikation GmbH

© SVR GmbH, Berlin 2019

ISSN 2363-7358

## Die Autoren und die Autorin

### **Dr. Timo Tonassi**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des SVR-Forschungsbereichs

### **Alex Wittlif**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des SVR-Forschungsbereichs

### **Prof. Dr. Magdalena Nowicka**

Leiterin Abteilung Integration des DeZIM-Instituts

## Über den Forschungsbereich beim Sachverständigenrat

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat führt eigenständige, anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu den Themenbereichen Integration und Migration durch. Die projektbasierten Studien widmen sich neu aufkommenden Entwicklungen und Fragestellungen. Schwerpunkte der Forschungsvorhaben sind die Themenfelder Bildung und Flucht/Asyl. Der SVR-Forschungsbereich ergänzt die Arbeit des Sachverständigenrats. Die Grundfinanzierung wird von der Stiftung Mercator getragen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören weitere fünf Stiftungen an: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband und Vodafone Stiftung Deutschland. Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Expertengremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

Weitere Informationen unter: [www.svr-migration.de/Forschungsbereich](http://www.svr-migration.de/Forschungsbereich)

## Über das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine bundesweite Initiative von Wissenschaft und Politik zur Stärkung einer exzellenten und international sichtbaren Integrations- und Migrationsforschung in Deutschland. Zentrale Aufgaben des DeZIM-Instituts sind kontinuierliche, methodisch fundierte Forschung und deren Transfer in Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu Migration, ihren Folgen und Ursachen, sowie Integration von Familien, Frauen, Kindern und Jugendlichen und von älteren Menschen.

Weitere Informationen unter: [www.dezim-institut.de](http://www.dezim-institut.de)

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend